

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 45.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 5. bis 11. November 1909.

Posen, den 16. November 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 257 des Wiekopolanin (Posen)
vom 10. November 1909:**Eine polnische Aktion**

der polnischen Fraktion kündigt der Abgeordnete Dr. von Dziembowski an. Er schreibt im Gonic: „In der Mogilnoer Versammlung habe ich hervorgehoben, daß sich für die Fraktion ernste Aussichten auf eine wirksame Verteidigung unserer Nationalität durch eine ernst und würdig durchgeführte politische Aktion eröffnen.“

So lautet die wörtliche Erklärung des Abgeordneten von Dziembowski.

Der Herr Abgeordnete Dr. von Dziembowski spielt in der Fraktion eine zu aktive Rolle, als daß man auf seine Worte nicht die Aufmerksamkeit lenken sollte. Der Herr Abgeordnete Dr. von Dziembowski stützt seine Annahme betreffs der Möglichkeit einer politischen Aktion der polnischen Fraktion auf die schwierige Lage, in welcher sich gegenwärtig die Konservativen befinden. Auf die von Herrn Dr. von Dziembowski zum Ausdruck gebrachten Hoffnungen antworten wir was folgt:

1. Die Konservativen lehnen gegenwärtig jede Gemeinschaft mit uns ab.
2. Wenn die Konservativen sich in einer schwierigen Lage befinden werden, so werden sie möglicherweise von uns Beistand verlangen, und wir werden ihn vielleicht gewähren; aber der würde sich irren, welcher annehmen würde, daß die Konservativen zur Änderung der antipolnischen Politik in Preußen beitragen werden.
3. Die Konservativen werden, wenn es nötig sein sollte, uns erlauben, für sie die Kaskaden aus dem Feuer zu holen, und wenn das geschehen sein wird, so werden sie sich ohne jeden Skrupel von uns abwenden.

Das sind durch langjährige Erfahrung bestätigte Tatsachen.

Bisher haben die Konservativen stets einen feindlichen Standpunkt uns gegenüber eingenommen, und sie werden ihn, wie sie in ihren Blättern offen zugeben, auch nicht ändern.

Welches Ergebnis wird somit die angeblich politische Aktion der Fraktion haben, wenn die Fraktion sie aufnehmen sollte? Einzig das, daß wir uns den Konservativen dienstbar erweisen, und für diese angekündigte Aktion werden wir einzig die Genugtuung haben, daß manche Abgeordnete in einem kurzen Glanze der Befähigung zu diplomatischen Verhandlungen erstrahlen werden. Es wird das somit der trügerische Schein einer

zur Verteidigung unserer Interessen aufgenommenen Aktion sein, jedoch keine tatsächliche Verteidigung.

Der Herr Abgeordnete Dr. von Dziembowski weist auch auf das letzte Auftreten des Professors Delbrück und auf dessen Verurteilung der hafatistischen Politik hin. Der Herr Professor Delbrück hat vollkommen recht. Doch müssen wir dessen eingedenk sein, daß Herr Professor Delbrück den Hafatismus seit langem bekämpft, und trotzdem ist der Hafatismus oben auf. Weshalb? Nun, weil wir in Deutschland gewissermaßen als Blizableiter dienen. So oft die innere Lage verwickelt ist, so oft schiebt der leitende Staatsmann die polnische Frage in den Vordergrund, und er vereint die deutschen Parteien unter der Parole: „Sei, auf die Polen!“

Die gegenwärtige innere Lage in Deutschland ist schwierig, und wer weiß, ob man nicht wieder auf uns los schlagen wird.

Wir fragen schließlich, ob der Herr Abgeordnete Dr. von Dziembowski einzig für seine Person oder für die ganze Fraktion eine mögliche politische Aktion ankündigt?

In einer solchen möglichen Aktion sollte irgend ein Programm stecken. Neue Programme aber sollte nicht ein einziger Abgeordneter ankündigen, sondern sie sollten im Einvernehmen mit der ganzen Fraktion angekündigt werden.

Wir sind der Ansicht, daß die Fraktion von einer möglichen Aktion noch nichts weiß und daß die Auslassungen des Abgeordneten Dr. von Dziembowski ausschließlich der Ausfluß seines persönlichen Glaubens und seines durch nichts zu trübenden Optimismus sind, sobald es sich um die Konservativen handelt.

Was die Fraktion selbst betrifft, so sind wir der Überzeugung, daß sie es sich wohl überlegen wird, ehe sie zu einer Aktion schreiten wird, die sich auf den Glauben an die Konservativen stützt; denn diese strecken uns bisher nicht nur nicht die Hand entgegen, sondern sie verleugnen durch ihre Blätter im Gegenteil jede Gemeinschaft mit uns.

Aus Nr. 254 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. November 1909:

Vor einiger Zeit erschien in einem der polnischen Volksblätter eine überaus unsinnige Korrespondenz aus Posen, deren Verfasser u. a. behauptete, in der Wohnung eines hohen kirchlichen Würdenträgers auf der sogenannten Dominikel bestimme ein Kreis von Personen die Kandidaturen der Abgeordneten, erteile der polnischen Fraktion Weisungen und leite überhaupt die gesamte

polnische Politik. Natürlich hielten wir es nicht für angebracht, uns in eine Widerlegung des jeder Grundlage entbehrenden Geschwäzes einzulassen. Es ist doch allgemein bekannt, daß der hochwürdigste Herr Bischof Sifowski (er soll nämlich jener hohe kirchliche Würdenträger sein), von den Angelegenheiten seines Amtes in Anspruch genommen, es sorglich vermeidet, sich in die Politik zu mischen, natürlich soweit nicht kirchliches Gebiet in Frage kommt. Gegenwärtig hat sich jedoch die Lage insofern geändert, als die katolistischen Blätter die Zuzchrift eifrig aufgegriffen haben und daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen, indem sie die darin enthaltenen Angaben für wahr ansehen. So schreibt die Tägliche Rundschau, die angeblich von Kaiser Wilhelm gelesen wird, nach Skizzierung der erwähnten Zuzchrift, was folgt: „Diese Ausführungen werfen auf die Tätigkeit des Verwalters der Diözese Posen ein interessantes Licht, und sie besitzen mit Rücksicht auf die Befestigung des erzbischöflichen Thrones spezielle Bedeutung.“

Gewiß, es ist nicht alles, was die Katoliken von uns schreiben, allzu tragisch zu nehmen. Andererseits erachten wir es aber weder für erforderlich, noch für angebracht, ihnen Material zu Angriffen zu liefern, und noch dazu mit Hilfe ganz falscher Enthüllungen.

Aus Nr. 255 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 7. November 1909:

Wasser auf die Mühle des Katalismus.

Der Kurjer Warszawski hat einen Artikel eines Posener Korrespondenten gebracht, in welchem bemerkt wird, das adlige Kasino (in Posen) habe gegenwärtig eine Agitation für Veröfentlichungspolitik entfaltet; es sei jetzt mit einem Veröfentlichungsprogramm hervorgetreten, und der Abgeordnete Dr. v. Dziembowski habe die Aufgabe übernommen, diese Politik breiteren Kreisen in der Mogilnoer Volksversammlung zu empfehlen. Da wir die Verhältnisse kennen, wußten wir von vornherein, daß dieser ganze Artikel auf vollständig falschen Vermutungen beruht. Da wir aber die Sache einmal aufklären wollten, wandten wir uns an Herrn Dr. v. Dziembowski mit der Bitte um Information. Wir veröffentlichen dieselbe nachstehend:

„Es ist unwahr, daß das adlige Kasino mir den Auftrag erteilt hat, mit dem Projekt irgend einer Politik hervorzutreten, denn es ist Tatsache, daß ich dem Kasino nicht angehöre, sogar keine Einladung zu den Festlichkeiten angenommen habe, die dieser Verein veranstaltet hat. Soviel ich gehört habe, soll das Kasino schon seit langer Zeit den Schlaf des Gerechten schlafen, den weder die Finanzreform, noch der Rücktritt des Fürsten Bülow gestört hat. Es gehört wirklich eine üppige Phantasie sowie völlige Unkenntnis unserer Verhältnisse dazu, um die Tätigkeit des schlafenden Kasinos zu schildern und mit dieser Aktion meine Person zu verbinden, obwohl ich weder zu den Mitgliedern, noch zu den Anhängern dieser Organisation gehöre. Der Artikel des Kurjer Warszawski ist wahrhaft modernistisch. Es handelt sich nicht um die Wahrheit der Tatsachen, — das ist für gewisse Korrespondenten etwas Gleichgültiges; — nur viel Phantasie, nur daß Sensation hervorgerufen wird, — das ist die Hauptsache. Ein Märchen wird erzählt, — aber ein interessantes, — Berichtigungen werden nicht gebracht, und so erfahren die Leser nie, daß der Artikel sich nicht auf Tatsachen, sondern auf üppige Phantasie stützt.“

In Mogilno habe ich den parlamentarischen Rechenschaftsbericht erstattet, und ich hatte keinesfalls die Absicht, eine bestimmte Politik zu empfehlen. Pflicht

des Abgeordneten ist es, die Wähler über die gegenwärtige politische Lage aufzuklären. Der Korrespondent deutet durch Ausrufungszeichen an, er glaube meinem Bericht bezüglich der Bewegung unter den deutschen Ansiedlern nicht. Er hat offenbar weder die Broschüre Franz v. Morawskis, noch die Berichte über die Ansiedlerversammlungen gelesen. Er glaubt wohl den Regierungsparteilern, daß das Werk der staatlichen Ansiedlung günstige Ergebnisse gezeitigt habe. Nach meiner Überzeugung ist die Bewegung der Ansiedler, welche die allgemeine Enteignung, weitere Bodenteilung, die Vergrößerung ihrer Anwesen bei völliger Beseitigung des Großgrundbesitzes fordern, eine natürliche Erscheinung und ein Resultat der Ansiedlungspolitik. Daß diese Bewegung für den Staat, und namentlich für dessen konservative Organisation gefährlich ist, das gestehen alle deutschen Blätter zu. Der Korrespondent weiß wohl nicht, daß die Ansiedler scharfweise die konservative Fahne verlassen und einen besonderen Bund unter dem Schutz der Liberalen gegründet haben. Diese Bewegung ist heute noch loyal; sie wird weiter gehen, — sie wird nicht bei Bassermann bleiben, sondern muß naturgemäß zu Bebel gelangen. Die Katoliken fühlen es, daß die konservative Partei die Politik des Fürsten Bülow nicht weiter verfolgen kann, denn sonst würde sie die Grundlage ihrer Existenz beseitigen. Der Korrespondent des Kurier weiß wohl nichts von dem Referat des Prof. Delbrück, welches solchen Eindruck hervorgerufen hat, daß man Herrn Wendland heranzog, damit dieser das bedrohte Deutschland und die stark ins Wanken geratene antipolnische Politik rette. Wer sich mit einer öffentlichen Angelegenheit befassen will, der muß doch wohl die hervorragendsten allgemein bekannten Tatsachen kennen.

Wenn wir uns die Rede des Herrn Wendland vergegenwärtigen, so stimmt sie in einem Punkte mit dem Artikel des Kurier völlig überein: panischer Schrecken vor irgendwelcher politischen Verständigung. Wie Herr Wendland den deutschen Michel mit dem Gespenst „Ausgleich“ schreckt, so schlägt der Korrespondent des Kurier Alarm und schreckt die polnische Volksgemeinschaft damit, daß Herr v. Dziembowski den Ausgleich wünsche.

Es ist schließlich Zeit, daß die Volksgemeinschaft politisch zu denken lerne und sich nicht durch abgedroschene Phrasen betören lasse. Man kann Kinder mit dem Schornsteinfeger schrecken, aber man darf ernste Bürger nicht ewig mit dem Gespenste „Ausgleich“ schrecken. Wer das tut, der setzt sich der Lächerlichkeit aus, und kann nicht den Anspruch darauf erheben, daß man mit ihm ernsthaft diskutiere.

In der Mogilnoer Versammlung habe ich betont, es eröffneten sich für die Fraktion gewichtige Ausichten auf erfolgreiche Verteidigung unserer Nationalität durch eine ernst und würdig durchgeführte politische Aktion. Ich erklärte den Unterschied zwischen wirksamer Verteidigung unserer Gerechtsame und politischer Manifestation. Ein Politiker muß zu beurteilen wissen, welcher Weg im gegebenen Moment einzuschlagen ist.

Ich hatte keinen Ausgleich im Sinne, sondern eine auf wirksame Verteidigung unserer bedrohten nationalen Interessen gerichtete Aktion. Eine zwanzigjährige Abgeordnetentätigkeit in Berlin hat mich gelehrt, daß die beste Rede eines polnischen Abgeordneten keinen Einfluß hat auf den Gang der politischen Angelegenheiten, daß sie unser Volk nicht verteidigt. Diese Überzeugung sollte allgemein sein. Ein Abgeordneter, welcher wirklich in Berlin spricht, hat das Recht auf die Bezeichnung „tüchtiger Redner“, nicht aber auf den Titel „Verteidiger unseres Volkes“.

Die Volksgemeinschaft hat darum das Recht, von den Abgeordneten nicht nur Reden, sondern wirk-

liche Verteidigung zu verlangen. Eine solche Forderung ist um so mehr gerechtfertigt, als unsere Existenz eine schwere ist. Die antipolnischen Gesetze lasten auf unserer Bevölkerung, und sie muß die Beseitigung derselben fordern.

Ich zweifle daran, daß irgend jemand mit der gegenwärtigen Lage zufrieden ist. Die Ansicht „Je schlimmer, desto besser“ kann ein erhitzter Versammlungsredner äußern, — unser Volk dagegen ruft uns zu: „Es steht schlimm, wir fordern, daß es besser werde.“

Dieser Weg muß eine nationale und volkstümliche Politik gehen.

Wenn ich die Wähler auf die allgemeine politische Lage aufmerksam gemacht habe, so habe ich das Ziel bewußt getan. Während der langen Jahre des Regiments Hohenlohe und Bülow hat die Fraktion an keine parlamentarische Aktion denken können. Eine geschlossene Mehrheit von Parteien forderte die antipolnische Politik. Angesichts dessen mußte sich die Tätigkeit der Fraktion auf die Hervorhebung unseres Standpunktes beschränken ohne Ausichten, ohne Hoffnung auf Erfolg. Gegenwärtig ändern sich die Verhältnisse, und damit erwächst die „Möglichkeit“ einer parlamentarischen Aktion.

Es ist von keinem Ausgleich die Rede, einen solchen erachte ich für ausgeschlossen, aber es besteht die Möglichkeit einer parlamentarischen Aktion zwecks Bekämpfung des Hafatismus und zwecks Einleitung einer Politik der Verteidigung der nationalen und Volksrechte.

Diese Verteidigung sollte unser Ziel bilden, welchem die Fraktion zuzustreben hätte, darum bat und bitte ich die polnische Volksgemeinschaft, sich zu einigen, die polnische Fraktion solidarisch zu unterstützen ohne unnötigen vorzeitigen Kriticismus.

Ist es für einen polnischen Abgeordneten und Patrioten nicht unangenehm, wenn er hervorheben muß, daß der Artikel des Kurjer im Endergebnis mit dem Resultat der Anschauungen des Hafatistenführers Herrn Wendland übereinstimmt?!

Wenn wir den Wegen des Kurjer-Korrespondenten folgten, dessen Äußerung das Posener Tageblatt emsig notiert hat, so würden wir unbewußt und somit gedankenlos eine Politik betreiben, die mit den Zielen des Hafatismus übereinstimmt.

Davor bewahre uns der liebe Gott!

Aus Nr. 257 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. November 1909:

Zu den Ausführungen des Professors Bernhard im Tag über das Thema „Die polnische Regierung in Preußen“ bemerkt der Dziennik:

„Es steckt in diesen Ausführungen zweifellos ein Körnchen Wahrheit, aber nur ein Körnchen neben einer Menge Übertreibung und absichtlicher oder bewußt falscher Beleuchtung der Tatsachen. So sündigt Professor Bernhard wahrscheinlich durch bewußten Optimismus, wenn er von der angeblichen Allgewalt der heutigen Diktatoren und der ebenmäßigen Entwicklung spricht, welche unter ihrer Leitung das polnische Element nimmt. Leider bemerken wir sehr wenig Spuren von dieser Ebenmäßigkeit, und unsere gegenwärtigen inneren Verhältnisse beginnen bereits den Eindruck eines Kampfes Aller gegen Alle zu machen. Aus diesem Grunde verdient unseres Erachtens der Gedanke Beachtung, irgend eine sich allgemeiner Autorität erfreuende Instanz zu schaffen, welche unser nationales Leben zu regeln und ihm eine gleichmäßige Richtung zu geben hätte. Natürlich schließen wir nicht die Augen bezüglich der Schwierigkeit dieser Aufgabe. Etwas muß jedoch geschehen,

um dem gegenwärtigen Chaos ein Ende zu machen. Wenn aber eine solche Institution auf geeigneten Grundlagen stehen wird, so kann die Freude der Deutschen über die Schaffung eines polnischen Nationalrats verfrüht sein.

Aus Nr. 257 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. November 1909:

Der Vorstand des Volksbibliothekenvereins
hat sich in folgender Weise konstituiert.

Zum Vorsitzenden wurde Herr A. von Sczaniecki gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Pfarrer Rochalski aus Montschnif, zum Schatzmeister Herr Dr. Kapuscinski, zum Schriftführer Herr Dr. Celichowski, zum Bibliothekar Herr Dr. Michalski. Alle wurden von neuem gewählt. Ferner gehören dem Vorstande an die Herren B. von Chrzanowski, Pfarrer von Koscielski, Dr. von Dembinski, von Miegolewski-Miegolewo, St. Chocijewski, Dr. Meißner und Geistlicher Lisiecki-Ostrowo. Es wurde eine Kritik-Kommission gewählt, die sich zusammensetzt aus den Herren Dr. Michalski, Vorsitzender, Bernhard von Chrzanowski, Dr. Meißner, Pfarrer von Koscielski, A. von Sczaniecki, Reyman, und ferner wurden folgende nicht zum Vorstand gehörende Herren zu Kommissionsmitgliedern gewählt: Pfarrer Dkoniewski-Brim, Dr. Xaver von Zakrzewski und Fräulein Sokolnicka. Die Kritik-Kommission ist um vier Personen verstärkt worden. Außerdem wählte man eine neue Vortrags-Kommission, welcher angehören die Herren B. von Chrzanowski, Dr. Meißner und St. Chocijewski.

Aus Nr. 256 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. November 1909:

Eine neue Bank.

Aus der Stadt wird uns mitgeteilt:

In diesen Tagen ist ein neues Bankinstitut unter der Firma „Brzeski & Zaluski, Kommanditgesellschaft“ in das Handelsregister eingetragen worden. Die Gründung der neuen Bank ist umso freudiger zu begrüßen, als die Bankbranche infolge Kapitalmangels zu wenig durch uns ausgenützt worden ist. Ein Vergleich der Anzahl der deutschen Banken mit der Anzahl der polnischen Banken fällt zu unseren Ungunsten aus. Wenn man die Entwicklung anderer Zweige unseres Handels und die Entwicklung des Gewerbes berücksichtigt, muß es gewissermaßen verwundern, daß die Entwicklung des Bankwesens so bedeutend hinter dem allgemeinen Fortschritt zurückgeblieben ist. Darin liegt auch einigermaßen der Grund, warum noch so viele unserer Kaufleute, Gewerbetreibenden und Grundbesitzer sich der deutschen Banken bedienen.

Für das neue Institut sind von vornherein alle Bedingungen für eine sehr günstige Entwicklung gegeben: ein ansehnliches Kapital und erstklassige Fachkräfte; die Anteilnehmer sind nämlich sehr vermögende Besitzer aus der Stadt und vom Lande und in der Leitung Leute, die eine langjährige Schule in Berliner Banken hinter sich haben und die durch langjährige Tätigkeit in Posen sich das Ansehen als sehr tüchtige Fachleute erworben haben.

Eine so günstige Vereinigung von Kapital mit einer umfangreichen Fachkenntnis der Direktion wird ohne Zweifel vorzügliche Früchte für das Institut sowohl wie auch für die Allgemeinheit tragen.

Die Tätigkeit der Bank, welche für ein breites Gebiet zugeschnitten ist, beginnt mit dem 1. Januar 1910; zu ihrem Bereich werden gehören: die Annahme von Depositen, die Eröffnung von laufenden und Scheckkonten, die Diskontierung von Wechseln, die Vermittelung bei Einkauf und Verkauf von Wertpapieren, die Gewährung von Darlehen auf Lombard und Hypotheken, Hypothekenregulierungen sowie alle übrigen in das Bankgeschäft schlagenden Geschäfte.

Aus Nr. 254 des *Orędownik* (Posen)
vom 6. November 1909:

Eine neue polnische Bank in Posen.

Der Gedanke, eine Bank oder Darlehnskasse in Wilda, dem früheren Vorort Posens zu gründen, war von einem Kreise dortiger Bürger aufgeworfen worden, und er wurde in der gestern abend im Hollanschen Saal in Untervilda speziell zu diesem Zwecke einberufenen konstituierenden Versammlung in die Tat umgesetzt.

Zu obiger Versammlung, an welcher als Vertreter des Kuratoriums der Erwerbsgenossenschaften der Stiftsdomherr Adamski teilnahm, fanden sich etwa 40 Bürger überwiegend aus Wilda ein. Eröffnet wurde die Versammlung vom Propst der örtlichen Parochie, Kostencki, der die Leitung dem Domherrn Adamski übertrug. Die Schriftführergeschäfte übernahm Herr Rutkowski aus Wilda.

Nach Erledigung der einleitenden Förmlichkeiten stellte der Domherr Adamski kurz, aber treffend den Zweck und die Aufgabe der Darlehns-genossenschaften dar, und er legte in allgemeinen Zügen eine Skizze der Satzungen vor, welche die neue Genossenschaft verpflichten sollen. Dann schritt man zur Konstituierung des Vorstandes und des Aufsichtsrats. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Herren Joh. Slominski, Jos. Kaminski und Lorenz Kayser. In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren Propst Kostencki, Dr. Smolinski, Roman Smorowski, Andr. Palacz, Mich. Rutkowski, Mich. Baierlein, Dr. Wenzel Swinarski, Stefan Dobrowolski und Leon Kromolski, zusammen 9 Mitglieder auf 3 Jahre.

Gleich nach der Versammlung traten 30 Personen der neuen Genossenschaft bei. Jedes Mitglied zahlt 3 *M* Eintrittsgeld und auf den Anteil 5 *M* jährlich bis zur Erreichung der Summe von 150 *M*, worauf, wie das in den Genossenschaften Brauch ist, die weiteren jährlichen Anteile die Zinsen decken werden. Der volle Anteil wurde auf 500 *M* normiert.

Die neuentstandene Genossenschaft wird unter der Firma „Darlehnskasse in Posen“ eingetragen werden.

Als amtliches Organ wurde der *Orendownik*, als eines der in Wilda am meisten gelesenen Blätter, gewählt; doch sollen die Bekanntmachungen der Genossenschaft auch in anderen hiesigen Blättern veröffentlicht werden. Die Summe der Depositen der neuen Genossenschaft wurde auf 300 000 *M* festgesetzt. Das höchste Darlehen, welches der Vorstand gewähren kann, wurde auf 10000 *M* normiert.

Nachdem die Mitglieder das Protokoll und die Satzungen unterschrieben hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Genossenschaft sich recht günstig entwickeln möge. Mit einem dreifachen Hoch zu Ehren des Vertreters des Kuratoriums, des Domherrn Adamski, wurde die Versammlung, die von 8—10 Uhr gedauert hatte, geschlossen.

Aus Nr. 253 des *Dziennik Poznański* (Posen)
vom 5. November 1909:

Zum Schutze des Vereins der Freunde der Wissenschaften in Posen.

In manchen polnischen Blättern zeigten sich Artikel, deren ungenannte Autoren dem gegenwärtigen Vorstände des Vereins der Freunde der Wissenschaften in Posen Mangel an Elastizität, mangelndes Verständnis für die neueren Strömungen im Leben, in der Literatur und in der Kunst, ja sogar die Unfähigkeit, den Verein auf der gleichen wissenschaftlichen Höhe zu erhalten, auf welche ihn die früheren Vorsitzenden erhoben haben, zum Vorwurf machen.

Angesichts solcher Vorwürfe fühle ich mich verpflichtet, auf eine unparteiische und sachliche Art und Weise die Tatsachen anzuführen, auf Grund welcher sich jeder leicht überzeugen kann, wie die Tätigkeit dieser unseren höchsten wissenschaftlichen Institution in Großpolen beschaffen ist und welche Verdienste um sie diejenigen sich erworben haben, welche an ihrer Spitze stehen, insbesondere aber unser Vorsitzender, der hochwürdigste Bischof Dr. Eduard Likowski. Nämlich:

1. Der gegenwärtige Vorstand hat, hauptsächlich bei den ländlichen Besitzern, die immer bereit sind zu geben, mit großer Mühe (denn man mußte von Hof zu Hof fahren) ansehnliche Fonds zu Gunsten des Vereins gesammelt.

2. Der derzeitige Vorstand erweiterte prächtig das Museumsgebäude durch den Ankauf eines angrenzenden Hauses und durch den Bau einer neuen Front und zweier Flügel sowie durch den Umbau eines alten Flügels. Dieser Bau, der nach dem Entwurf des Architekten Herrn Roger Slawski ausgeführt wurde, ist so schön ausgefallen, daß der Oberbürgermeister von Posen, Herr Dr. Wilms, in der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung erklärt hat, unser Museumsgebäude sei eine wirkliche Zierde der Stadt.

3. Der derzeitige Vorstand hat die Sammlungen bedeutend vermehrt und geordnet, was man hauptsächlich dem Konservator, Herrn Dr. Boleslaus Erzepki, verdankt, der im Einverständnis mit dem Vorsitzenden und mit der ganzen Vorstandschaft, ohne Mühe und Arbeit zu scheuen, die einzelnen Sektionen, die Bibliothek, zu der etwa 8000 Nummern zugekommen sind, die archäologische Sektion und die Gemäldegalerie (Mikolajewer Sammlung, enthaltend die polnischen Bilder von Baron Eduard Rastawiecki, Sammlung der Familie Ciecierski u. a. m.) so eingerichtet hat, daß die Anthropologen aus ganz Deutschland, die gelegentlich ihres diesjährigen Kongresses in Posen unser Museum besuchten, sowohl über den ungeheuren Umfang und den Wert der Sammlungen als auch über den Fleiß und die Geschicklichkeit derjenigen, die die Sammlungen in so vorteilhafter Weise angelegt hatten, ihre höchste Anerkennung ausgedrückt haben. „Die archäologischen Sammlungen im Mielzynskischen Museum, — so schreibt im *Warschauer Glos*, Nr. 283, der Kongreßteilnehmer Dr. Eduard Voth, Dozent an der Heidelberger Universität — die den deutschen Mitgliedern des archäologischen Kongresses demonstriert worden sind, riefen aufrichtige Bewunderung hervor. Die Besucher waren erstaunt, als man ihnen sagte, daß das alles von polnischen Händen, aus eigener Initiative und aus eigenen Fonds, ohne Hilfe des Staates, gesammelt worden sei. Das Mielzynskische Museum hat aber auch dreimal soviel ausgestellt, wie das vom preußischen Staate unterstützte Friedrich-Wilhelm-Museum. So manchem haben sich die Augen geöffnet, so manchem hat sich die sprichwörtliche polnische Niederlichkeit in einem anderen Lichte gezeigt.“

4. Der gegenwärtige Vorstand hat hauptsächlich auf Betreiben des Justizrats Herrn Johann von Glebocki das Eigentum des Vereins, das bisher in der Luft hing, durch Erlangung der Korporationsrechte für den Verein sichergestellt, was nicht wenig Mühe gekostet hat.

5. Der gegenwärtige Vorstand gibt regelmäßig, was früher nicht der Fall war, Jahrbücher des Vereins heraus, deren wissenschaftlicher Wert nicht geringer ist als der der früheren Jahrbücher.

6. Der gegenwärtige Vorstand hat sich mit der Einrichtung einer Ausstellung von ländlichen Trachten, die allmählich sich verlieren, befaßt und in diesem Sinne an die Gesamtheit einen Aufruf erlassen, welcher, wie es die z. B. durch Gräfin Szentbek aus Siemianic und durch Frau Doktor Miegolewska aus Posen gestifteten Exemplare beweisen, gewissen Anklang fand.

7. Unter dem gegenwärtigen Vorstand ist eine juristisch-volkswirtschaftliche Sektion neu entstanden, die unter dem Vorsitzenden Prälaten Peter Wawrzyniak sich energisch betätigt und immer mehr Lebenskraft zeigt.

8. Unter dem gegenwärtigen Vorstand, und zwar unter der Leitung des vorigen Vorsitzenden Herrn Dr. Heliodor von Swiencicki und des gegenwärtigen Vorsitzenden Herrn Rat Dr. Franz von Chlapowski entwickelte die ärztliche Sektion eine erstaunliche Tätigkeit. Die durch ihn herausgegebenen „ärztlichen Mitteilungen“, welche durch Herrn Dr. Lazarewicz nach Ansicht der höchsten medizinischen Autoritäten vortrefflich redigiert und welche fast ausschließlich durch Arbeiten großpolnischer Ärzte unterstützt werden, haben einen hohen wissenschaftlichen Wert. Die Abhandlungen der einzelnen Mitglieder dieser Sektion nehmen die bedeutendsten deutschen Fachzeitschriften auf. Dank der Freigebigkeit des Herrn Dr. Heliodor Swiencicki hat sich diese Sektion einen prächtigen Sitzungsaal eingerichtet, in dem regelmäßig alle 14 Tage lebhaftes Versammlungen der Ärzte stattfinden. Dadurch, daß die Posener Ärzte in wissenschaftlichen Angelegenheiten beständig Fühlung mit einander haben, hat sich unter ihnen ein so sympathisches kollegiales Verhältnis herausgebildet, wie es sich seiner kaum eine andere polnische Stadt rühmen kann.

9. Unter dem gegenwärtigen Vorstand arbeitet eifrig die Abteilung der Naturforscher und der Techniker unter dem Vorsitzenden Herrn Rat Dr. Franz von Chlapowski, der sich um die naturwissenschaftlichen Sammlungen unseres Vereins, insbesondere um ihre Vergrößerung und um das Ordnen derselben unermesslich verdient gemacht hat, und wenn die Abteilung keine bedeutenderen Werke herausgibt, so ist daran der Mangel an hervorragenden Kräften schuld, die in unserer Lage schwer zu haben sind.

10. Unter dem gegenwärtigen Vorstand zeigt die historisch-literarische Sektion, in welcher sich früher die wissenschaftliche Tätigkeit der ganzen Gesamtheit unserer Vereinsmitglieder konzentriert hat, allerdings am wenigsten Leben, das kommt jedoch daher, daß erstens viele Mitglieder zu der juristisch-volkswirtschaftlichen Sektion übergetreten sind, zweitens, weil mit Rücksicht auf die ungünstigen Zustände, unter welchen wir leben, bei uns Leute fehlen, die sich ausschließlich den wissenschaftlichen Berufen als Professoren, Bibliothekare, Archivare usw. widmen würden und drittens, weil die zur Kritik überaus eifrige jüngere Intelligenz, welche in ihr erfolgreich arbeiten könnte, aus uns unverständlichen Gründen an den Sitzungen nicht teilnimmt. Der Vorsitzende, Herr Boleslaus Erzepki, gibt sich jedoch alle erdenkliche Mühe, damit die Sektion ihren Anforderungen entspreche; in dieser Sektion sind Mitglieder, größtenteils Geistliche, die wertvolle Vorträge halten, die sodann in den Jahrbüchern des Vereins

zum Abdruck gelangen. Von den früheren wissenschaftlichen Arbeiten von Mitgliedern dieser Sektion heben wir zwei bedeutende Werke des gegenwärtigen Vereinsvorsitzenden, Bischof Dr. Eduard Likowski, hervor, nämlich: Die Geschichte der Union der russischen Kirche und die Union von Brzesc.

11. Unter dem gegenwärtigen Vorstand ist das Monumentalwerk eines seiner Mitglieder, des zu vorzeitig verbliebenen Prälaten Dr. Warminski, „Andrzej Samuel und Jan Sekluchan“ zur Ausgabe gelangt, ein Werk, welches in Krakau mit dem ersten Wettbewerbspreis gekrönt worden ist, obgleich um ihn unsere bedeutendsten Gelehrten gleichzeitig mit dem Geistlichen Warminski wetteiferten.

Das ist das wahre Bild der Tätigkeit des Vereins der Freunde der Wissenschaft in Posen.

Es ist wahr, daß es ihm an funkelnden literarischen Veröffentlichungen gebricht, die auf eine breitere Öffentlichkeit einwirken könnten; nicht laut ist unsere Arbeit, aber gediegen, und ihre Früchte sind reif.

Diejenigen schließlich, die dem Vorstande zum Vorwurf machen, er trete nicht genügend aus sich heraus, berücksichtigen nicht die schwierige Lage, in der sich der Verein gegenüber der Regierung befindet. Mit der Politik will und kann man sich nicht befassen.

Dr. Stanislaus Karwowski.

Aus Nr. 11 des Poradnik dla Spótek (Posen)
vom 1. November 1909:

Bekanntmachung.

Einige Genossenschaften beklagen sich darüber, daß die Verwaltungsbehörden (Landräte, Kommissare, Bürgermeister) von Mitgliedern der Genossenschaften, die für Ämter gewählt wurden, welche der regierungsseitigen Bestätigung bedürfen, den Austritt aus den Genossenschaften verlangen oder daß sie die Bestätigung von dem Austritte aus den Genossenschaften abhängig machen.

Um festzustellen, ob dieses unzulässige Verfahren der Behörden ein ausnahmsweises oder ein allgemeines ist, werden die Genossenschaften gebeten, ähnliche Fälle unter Beibehaltung von schriftlichen Beweisen zur Kenntnis des Unterzeichneten zu bringen.

Aus Nr. 256 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. November 1909:

Offener Brief an den Verein der Journalisten und Literaten.

Der Dziennik Kujawski, der Pech und der Dziennik Bydgoski brachten die gleichlautende Mitteilung, ich hätte der Presse nicht erlaubt, bei der Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins von Mogilno anwesend zu sein, und zwar:

„mit Rücksicht auf das offensive Verhalten der Presse und insbesondere der Volkspresse gegenüber meinem Bruder, dem Abgeordneten Herrn Sigismund v. Dziembowski.“

Diese Nachricht entspricht nicht der Wirklichkeit und ist erfunden, denn ich habe mich weder offiziell noch privatim und weder einem Pressereferenten noch einem Vereinsmitglied gegenüber in einer ähnlichen Weise geäußert.

Zur näheren Aufklärung führe ich einen ausführlichen Überblick über eine Unterredung mit dem Referenten des Dziennik Kujawski an.

Schon im Mai d. J. vor der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins stellte sich mir ein Herr, auf dessen Namen ich mich nicht mehr besinnen, als Berichterstatter des Dziennik Kujawski vor, mit der Bitte, an der Generalversammlung teilnehmen zu dürfen. Ich erwiderte diesem Herrn, daß ich leider gezwungen sei, ihm eine abweisende Antwort zu geben, weil ich als Vorsitzender unter Berücksichtigung der Vorschriften des Vereinsgesetzes gewisse Einschränkungen in der Zulassung von Nichtmitgliedern zu den Versammlungen beachten müsse, um nicht allein dem Zweigverein, sondern auch dem Zentralverein den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft zu wahren.

Nach Verständigung mit den anderen Direktionsmitgliedern stellte ich nach stattgefundener Versammlung diesem Herrn unser offizielles Versammlungsprotokoll zur Verfügung, um ihm zu ermöglichen, darüber in seinem Blatte zu berichten. Wie ich später von unseren Vereinsmitgliedern erfuhr, war der erschienene Bericht vollkommen ungenau; sowohl Namen von Personen als auch der Gegenstand der Diskussionen waren vertauscht.

Vor der Generalversammlung am 3. d. M. verlangte derselbe Herr von mir die Erlaubnis, an der Generalversammlung teilnehmen zu dürfen. Ich bemerke hier nebenbei, daß außer diesem Herrn ein anderer Pressevertreter sich im Saale nicht befunden hat, denn alle übrigen anwesenden Personen waren mir persönlich gut bekannt.

Meinerseits erfolgte eine abweisende Antwort mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die gesetzlichen Vorschriften und mit dem Hinzufügen, daß wir, nachdem der letzte Bericht über unsere Versammlung mit den tatsächlichen Vorgängen nicht übereinstimmte, obwohl der Berichterstatter in unser offizielles Versammlungsprotokoll Einsicht genommen habe, nicht dazu mit beitragen könnten, daß man über unsere Versammlung verzerrte Berichte veröffentliche.

Das war meine ganze Unterredung mit dem Berichterstatter der Presse, bei der eine größere Anzahl von Vereinsmitgliedern und insbesondere der Schriftführer, Herr v. Chrzanowski aus Gozdawa, zugegen waren.

Angeichts des unerhörten Angriffs auf meine Person, der sich auf vollständig erfundene Angaben stützt, wende ich mich an die amtliche Organisation unserer Presse mit der Bitte, veranlassen zu wollen, daß die Redaktion des Dziennik Kujawski in ihrem Blatt für das mir zugefügte Unrecht Abbitte leiste und daß sie alles widerrufe, was in dem ganzen Artikel enthalten war; die Redaktion der übrigen Blätter hingegen, die nach dem Dziennik Kujawski, ohne der Sache auf den Grund gegangen zu sein, also leichtsinnigerweise jene Verleumdungen wiederholt haben, sollen dieselben widerrufen.

Wenn das innerhalb 4 Wochen nicht geschieht, so werde ich annehmen müssen, daß sich die genannten Redaktionen der Autorität ihrer Organisationsbehörde entziehen, und dann wird mir die Volksgemeinschaft das Recht zuerkennen müssen, den Weg zu beschreiten, den ich für den richtigen halte, um mich von den Verleumdungen, die gegen meine Person geschleudert wurden, zu reinigen.

Es hat doch wohl jeder das Recht, von einer ehrbaren polnischen Presse zu verlangen, daß sie ihn nicht unschuldig angreife und insbesondere, daß sie ein zugefügtes Unrecht wieder gut mache.

Mit Hochachtung

Julian v. Dziembowski.

S o ſ n i ſ, den 7. November 1909.

Aus Nr. 252 des Lech (Gnesen)

vom 5. November 1909:

Boykott der Presse.

Unser Korrespondent aus Mogilno teilt uns mit, daß ihm der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins für den Kreis Mogilno, Herr v. Dziembowski aus Soſniſ, den Zutritt zur Generalversammlung des genannten Vereins verwehrt und ausdrücklich erklärt habe, daß er es mit Rücksicht auf das Verhalten der polnischen Presse gegenüber seinem Bruder, dem Reichstagsabgeordneten Dr. v. Dziembowski, nicht gestatten könne, den Beratungen beizuwohnen.

Es ist das etwas so Unerhörtes, daß man kaum daran glauben kann. Wir sind der Meinung, daß die gesamte Presse ein derartiges Verfahren, das doch überaus gefährbringend ist, entsprechend brandmarken wird. Dieses Vorkommnis duftet nach der berühmten polnischen Händelsucht, die für private Zwecke die höheren Zwecke der Allgemeinheit opferte. Herr v. Dziembowski wollte augenscheinlich nicht daran denken, daß gerade durch die Unterstützung der polnischen Presse der landwirtschaftliche Verein Nutzen haben kann und opferte der persönlichen Rache wegen das Wohl des Vereins. Ein solches Verfahren ist durchaus nicht bürgerlich.

Wir wissen es nicht, ob der Herr Abgeordnete Dr. v. Dziembowski seinen Bruder ermächtigt hat, eine so niedrige Rache an den polnischen Zeitungen zu begehen, die sein Verhalten als Abgeordneter kritisiert haben, in jedem Falle aber hat man ihm dadurch einen Bärenienst geleistet.

Aus Nr. 256 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 9. November 1909:

Der Verein der Journalisten und Literaten

hielt gestern seine gewöhnliche Sitzung unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn St. Chociſzewski ab. Herr D. Krolowski hielt einen interessanten Vortrag über die norwegische Presse, welche den größten Teil ihrer Spalten nicht den politischen Angelegenheiten, sondern wissenschaftlichen Artikeln opfert. Der Vortragende regt an, darüber nachzudenken, ob auch unsere Presse nicht teilweise in die Fußstapfen der norwegischen Presse treten könnte. — Über diese Frage entspann sich eine lebhafte Diskussion. Es wurde allgemein anerkannt, daß unsere Presse den wissenschaftlichen Fragen mehr Beachtung schenken müßte; allerdings müßte sie dieselben in einer der Allgemeinheit verständlichen Form bringen. Mit dieser Angelegenheit wird sich noch der Verein in seiner nächsten Sitzung befassen.

Über die Zusammenkunft der Delegierten des Journalistenverbandes in Lemberg referierte Herr A. Rzepecki; über die Zusammenkunft zur Slowacki-Feier referierten die Herren Lebinski und Jaworski.

Nach Anhörung der Berichte des Vorstandes berührte Herr Powidzki auf Antrag der Zusammenkunft der Vorsitzenden und Turnwarte des H. Gauzes des Verbandes der polnischen Sokols in Deutschland die Angelegenheit der Behandlung des Sokolvereins seitens der Vorstände des katholischen Hauses in Schroda, die Angelegenheit des Streites des Sokols in Buk mit dem Propst Ryzinski, überhaupt die Angelegenheit der sogenannten katholischen Häuser. Nach einer genauen Klarlegung des Sachverhalts durch Herrn A. Rzepecki empfahl der Verein, diese Sachen dem Verbands der Geistlichen „Unitas“ zwecks Information, vorbehaltlich ihrer weiteren Behandlung in der Presse zu überweisen.

Zum Schluß wandte sich der Redakteur der Praca, Herr Rafowski, an den Vereinsvorstand mit der Bitte, Herrn Dr. Rafimir Rafowski wegen der gegen ihn im „Sztandar“ gemachten Vorwürfe vor ein Ehrengericht zu stellen.

Die Sitzung war ziemlich zahlreich besucht gewesen und nahm einen sehr lebhaften Verlauf.

Aus Nr. 256 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. November 1909:

Aus der Sokolorganisation.

Am Sonntag fand in Posen die Zusammenkunft der Vorsitzenden und Turnwarte und dann der Delegierten des II. Gaus des polnischen Sokolverbandes für Deutschland statt. Es waren vertreten die Vereine aus Buk, Jersitz, Posen, Głowno, Zirke, Dobornik, Moschin, Opaleniza und Dopiewo (der erste Dorfverein in Großpolen). Keine Delegierten haben gesandt: Rogasen, Lazarus, Samter und Schroda. Diesen Vereinen wurde einstimmig ein scharfer Verweis erteilt.

Der Gauvorsitzende, Kamerad Rzepecki, eröffnete um 10 Uhr 30 Minuten die Versammlung. An die Berichte des Vorsitzenden, des Schriftwarte (K. Jesionek), des Kassenwarte (T. Siewicz) und des Turnwarte (W. Mackowiak) schloß sich eine lebhafte Debatte an, besonders über die Angelegenheit des Sokols in Schroda, welcher von seiten bestimmter Faktoren — nicht etwa von der preußischen Polizei, sondern von den Landseuten — boykottiert wird, und zwar so weit, daß man eine besondere gymnastische Abteilung gegründet und dem Verein die Benutzung des Saales im katholischen Hause verweigert hat, weil er ein politischer Verein sei! Die Angelegenheit der grundsätzlichen Verweigerung des Gastrechts den politischen Vereinen gegenüber durch die Faktoren, die die entscheidende Stimme in den katholischen Häusern besitzen, beschloß man in der Presse zum Austrag zu bringen. Es wurde ein entsprechender Appell an den Verein der Journalisten und Literaten gerichtet.

In der Diskussion, welche diesen Punkt betraf, berührte man ebenfalls die Angelegenheit des Sokols in Buk, welchem der dortige Propst Ryzinski sehr abgeneigt ist, und mehrere ähnliche Sachen. Weil während dieser Diskussion mehrere scharfe Vorwürfe unter der Adresse unserer Geistlichkeit gefallen sind, bemerkte Kamerad T. Pomidziński (Posener Sokol), daß man ähnliche Tatsachen nicht verallgemeinern darf und daß wir eine die Zwecke des Sokol verstehende und eifrig fördernde Geistlichkeit besitzen. Der Redner weist auf die 25 jährige Jubiläumsfeier der Gründung des Sokols in Hohenfalka hin, während welcher man aus dem Munde der Geistlichen wahre und heiße Glückwünsche vernommen hat. Mit diesen Ausführungen sind die Versammelten im allgemeinen einverstanden.

Aus dem Bericht des Vorstandes heben wir noch besonders hervor, daß Hoffnung vorhanden ist, daß in naher Zukunft im Bereiche des II. Gaus neue Vereine in Czarnikau, Neustadt bei Pinne, Pinne, Stenischewo, Schmerfenz und Bronke gegründet werden. Der Gau turnwart hebt hervor, daß sich die Zahl der Turnenden im Gau nicht gehoben hat, doch sind Fortschritte im Turnen selbst zu bemerken, auch die Liebe zur Gymnastik wächst ständig.

An Stelle der aus dem Bezirksvorstand ausscheidenden Mitglieder wählte man den Kameraden Tucholski aus Jersitz zum stellvertretenden Vorsitzenden, K. Jesionek aus Posen zum Schriftwart und den Kameraden Wysocki zum Turnwart. Die beiden ersten Kameraden wurden wiedergewählt.

Nach Erledigung der Kassenangelegenheiten beriet man über die Anteilnahme an der nächstjährigen Sokolzusammenkunft in Krakau und über andere unsere Sokolvereine lebhaft berührende Angelegenheiten, wie zum Beispiel über die Veranstaltung von nationalen Feiern usw.

Nachmittags um 1 Uhr 30 Minuten fingen die Verhandlungen der Delegierten desselben Gaus an. Zu Delegierten zum Verbandstage wurden gewählt: Czyż aus Buk und Rzepecki aus Posen und zu deren Vertretern Tucholski und Wysocki aus Jersitz und Bugzel aus Posen.

Den Delegierten zum Verbandstage wurde aufgetragen, für die Pflichtreise einer möglichst großen Zahl der Kameraden zur nächstjährigen Zusammenkunft in Krakau energisch einzutreten, weiter für die Anschaffung einer Verbandsstandarte zu stimmen, deren Einweihung dann in Krakau erfolgen würde, und schließlich dafür zu sorgen, daß alle Erleichterungen nur den uniformierten Teilnehmern der Zusammenkunft gewährt werden. Nach Erledigung mehrerer Anträge organisatorischer Natur berührte Kamerad Kryw die Angelegenheit eines Kameraden aus Buk, der infolge der Nichtbefriedigung seines persönlichen Ehrgeizes aus einem eifrigen Sokolmitglied Mitglied des Schützenvereins geworden ist. Diese Tatsache wurde allgemein mit der Bemerkung verurteilt, daß die Sokolvereine aus solchen Tatsachen die entsprechenden Schlüsse ziehen müssen.

Aus Nr. 255 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. November 1909:

Die Reisener Angelegenheit.

Aus einer sehr glaubwürdigen Quelle erfahren wir, daß die Reisener Angelegenheit sich gegenwärtig wie folgt verhält:

Kraft der Vereinbarung mit dem Grafen Anton Wodzicki und Heinrich Potocki haben der Fiskus und der verstorbene Fürst Anton Sulkowski einen Familienschluß beantragt, der das Majorat auflöst und der Reisen dem Fiskus als „unbeschränktes“ Eigentum zuweist.

Das Oberlandesgericht hat, angeblich auf „ausdrückliche Verfügung des Justizministers“ und „entgegen seiner ursprünglichen Ansicht“ keine Aufforderung an die unbekannten Agnaten angeordnet und, als dennoch Agnaten sich meldeten, diese Meldungen, anscheinend als verspätet, abgewiesen. Darauf hat es den Familienschluß bestätigt und den Fiskus als Besitzer von Reisen im Grundbuch eintragen lassen.

Die Agnaten haben jedoch gegen den Fiskus Prozesse anhängig gemacht, die gegenwärtig noch schweben.

Soviel wir wissen, hält sich der Fiskus bisher nicht für den sicheren Eigentümer von Reisen, denn er hat den Grafen Wodzicki und Potocki die vereinbarte Summe nicht ausgezahlt, wenngleich er ihnen angeblich die Zinsen von dieser Summe monatlich zahlt.

Aus Nr. 256 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. November 1909:

Die Reisener Angelegenheit.

Vor ungefähr einem Jahre hat der verstorbene Fürst Anton Sulkowski im Gespräch mit den Redakteuren einiger hiesiger Blätter, welchen er die Reisener Angelegenheit vorstellte, erklärt, daß die Summe, die nach seinem Tode seine Erben für die Verpflichtung auf ihre

Reisener Anrechte erhalten würden, werde zu öffentlichen Zwecken bestimmt werden. Zu einer solchen Verwendung der Summe verpflichteten sich die Grafen Wodzicki und Potocki in Gegenwart einiger hervorragender hiesiger Bürger. Selbstverständlich müssen angesichts dessen auch die Zinsen der für Reisen verabredeten Summe zu Gunsten der oder jener unserer Institutionen, welche öffentlichen Zwecken dienen, verwendet werden. Wenn also unsere Informationen, die einer sehr glaubwürdigen Quelle entstammen, auf Wahrheit beruhen, d. h., wenn der Fiskus den Erben die Zinsen bereits zahlt, so hätte diese oder jene unserer Institutionen eine entsprechende Unterstützung bereits erhalten haben sollen. Ob es sich aber tatsächlich so verhält? Wir wenden uns in dieser Angelegenheit mit einer Anfrage an die am nächsten interessierten Personen, und zwar an die obenbezeichneten beiden Erben.

Mit bezug auf diese Auslassungen des „Dziennik Poznański“ äußert sich der „Kurjer Poznański“ (Posen) Nr. 256 vom 9. November 1909 wie folgt:

Von dem Verhalten des Oberlandesgerichts und vor allem des Justizministers in der Reisener Angelegenheit haben wir bereits berichtet. Die Praktiken der genannten Instanzen werden s. Zt. in ihrer gesamten Gestalt dargestellt werden und werden ein überaus bezeichnendes Licht auf die preußische Rechtspflege werfen.

Für die Volksgemeinschaft wird zweifellos am meisten von Interesse sein die Nachricht, daß der Familienschluß in der Reisener Angelegenheit, welcher das Majorat auflöste, Reisen dem Fiskus als unbeschränktes Eigentum zuweist. Auf eine von uns erfolgte diesbezügliche Anfrage hat die zuständige Quelle obige Mitteilung bestätigt. Die Volksgemeinschaft steht also vor einer neuen Überraschung. Bisher vertröstete man die Volksgemeinschaft darauf, daß Reisen als ein Ganzes bestehen bleiben müsse und daß die Regierung es zur Kolonisation nicht verwenden dürfe. Somit war diese Vertröstung nichts anderes als eine Täuschung der Volksgemeinschaft und um ihr gegenüber der höchst traurigen Zukunft von Reisen die Augen zu schließen. Als ein „beschränktes“ (unteilbares — im Sinne des Majorats —) Eigentum wäre Reisen in die Hände des Fiskus übergegangen, wenn nicht der Familienschluß bestünde und wenn die Gerichte die Ansprüche der Agnaten endgültig als unbegründet erachtet hätten. Ausschließlich dem Familienschluß verdankt die Volksgemeinschaft, daß die Regierung, falls die Agnaten die Prozesse verlieren werden, zum unbeschränkten Besitzer von Reisen wird, welches offenbar sodann der Kolonisation anheimfällt.

Jetzt erst wird es der Volksgemeinschaft klar, warum die Regierung den Grafen Wodzicki und Potocki so bereitwillig die 4 Millionen zuerkannt hat. Die Regierung hat sogar die Initiative zu dem Familienschluß gegeben.

Als Rechtsbeistände des verstorbenen Fürsten Sułkowski und der Grafen Wodzicki und Potocki haben bekanntlich neben zwei Juden, der eine aus Berlin und der andere aus Posen, die Herren Rechtsanwälte Dr. von Dziembowski und Loewenstein aus Lemberg fungiert.

Aus Nr. 44 des Przewodnik Katolicki (Posen) vom 31. Oktober 1909:

Plaudereien des Häschen Weltenbummler.

Gelobt sei Jesus Christus!

Es ist mir traurig zu Mute, daß ich mehrere Sonntage hindurch keine Gelegenheit hatte, mit den

lieben Lesern zu plaudern. Ich habe nämlich vollständig den Humor verloren.

Und warum?

Vor mehreren Wochen gelangte ich nämlich in die Versammlung der deutschen Katholiken in Gnesen. Denkt aber nicht, liebe Leser, daß diese Versammlung ähnlich war der großen Versammlung der Katholiken in Breslau, von welcher seiner Zeit der „Przewodnik“ uns so eingehend berichtet hat. Ja, auf eine solche Versammlung wie die Breslauer, richteten sich die Augen fast der ganzen Welt mit Bewunderung und Verehrung. Aber diese Gnesener Versammlung war etwas ganz anderes. Es war das Zusammenkommen eines kleinen Teils der deutschen Katholiken in der Posen-Gnesener Diözese. — Überwiegend sind es Lehrer, Postmensen und andere Beamten, fast immer niedere Beamten, die manchmal springen müssen, wie ihnen die preußische Regierung auf der Flöte vorspielt, obwohl sie zum Springen keine Lust haben, oder die wenigstens ganz anders tanzen würden, wenn es nach ihrem Willen ginge. Und kurz und gut, da ich doch überall sein muß, so drängte ich mich also auch dort hinein.

Und warum bist du dort hineingekrochen? — wird mir so mancher von den Lesern zurufen. — Du warst dort ebenso notwendig, wie der Hund auf der Regalbahn. Ach, das ist wahr! Dafür habe ich auch genießen müssen, wie der Hund im Brunnen. Ja doch, ich konnte auch ohne diese Versammlung leben. — Aber da ich in dieser Zeit mehrere Tage in Gnesen war und die Freunde mir sagten: Häschen, gehe hin und höre zu, was sie dort sprechen werden! — so ging ich eben hin.

Gut, daß ich es von vornherein wußte, daß das eine Zusammenkunft der Katholiken gewesen ist. Ich hätte sonst denken können, daß hier verkappte Lutheraner berieten. Ach, richtig, es sind dort auch mehrere, wenn auch deutschsprechende Geistliche gewesen, und überdies sogar Domherren. Das muß also eine katholische Versammlung gewesen sein, denn — so sagt mir mein dummer Verstand — protestantische Veranstaltungen würden unsere Geistlichen nicht besuchen! Als jene Versammelten anfangen, auf unseren Bischof und unsere geistliche Behörde zu donnern, ja sogar einige deutsche Geistliche sind ihnen im Wege, denn sie sind gerecht und gegen die Polen nicht verbissen genug, als sie anfangen, der protestantischen Regierung zu schmeicheln und nicht nur auf die Polen, sondern auch auf die deutschen Katholiken, aber nur auf die ordentlichen, zu schimpfen, so wußte ich es auf einmal, was da vorgeht. Das sind ja die reinen Hatzatisten! — habe ich zu mir gesagt. Als ich gar hörte, was für Dummheiten und Lügen irgend ein Professor aus Posen faselte, — bisher habe ich geglaubt, daß ein Professor ein kluger Mensch ist! — und als ich den vorgelesenen groben Brief hörte, den sogar ein Direktor, ein Katholik, an den Bischof schrieb, — als er den Brief verfaßte, mußte er sichtlich gedacht haben, daß er ihn an seinen Bedell und nicht an den Bischof schreibe — da drückte ich die Mühe aufs Ohr, faßte den Knotenstock in die Hand und verließ schleunigst diese angenehme Versammlung.

Möge auch der Schnee auf glühendem Eise verbrennen! — dachte ich bei mir. Mein Knotenstock drehte sich mir in der Hand, sodaß ich ihm zureden mußte, daß es sich doch nicht gehört, Aufsehen zu erregen. — Was sind das für Katholiken, welche sich mit andern im Hasse gegen ein seit hundert Jahren unterdrücktes Volk verbinden, und die wie Heiden schreien: Rottet sie aus! — Es ist nur ein Glück, daß nicht alle so sind!

Später las ich in den Zeitungen, daß die Versammelten Tränen der Rührung vergossen über die

vernachlässigten und verdorbenen Kinder, für welche man ein eigenes Haus irgendwo bei Pleschen baute. Es ist eine gerechte Sache, wenn auch blutige Tränen zu weinen über die Verlassenheit der von den Eltern vernachlässigten Kinder. Aber warum rührt sie unsere Unterdrückung nicht? Sie brauchten nur mich anfragen, und ich würde ihnen von unserer Lage so viel traurige Sachen erzählen können, daß sie, wenn sie ein wirklich fühlendes und von echt christlicher Liebe durchdrungenes Herz auch für die Polen hätten, wie Biber meinen könnten. Ich würde sie an das Schlagen und Mißhandeln der Kinder für das polnische Gebet und den polnischen Katechismus erinnern, an die schrecklichen Strafen, welche man so ausgiebig in der Zeit des Schulstreiks spendete, an die unterirdischen Höhlen, in welchen die Polen deswegen wohnen müssen, weil ihnen die Regierung den Konsens zum Bau einer Hütte nicht erteilen will, an den Drzymalawagen, diese Schande unseres Jahrhunderts, an jene Seelenmarter so vieler Väter und Mütter, die von der Regierung abhängig sind und denen es verboten wird, mit den Kindern polnisch zu sprechen und sie zum polnischen Katechismusunterricht zu schicken. Ach, ach, lang wäre die Litanei des uns zugefügten Unrechts und unserer Schmerzen, über welche die in Gnesen versammelten deutschen Katholiken weinen und wie Schafe blöken könnten. Aber dieses Unrecht betrifft nur uns Polen; sie fühlen es weder, noch wollen sie es verstehen! Ich wiederhole: Es ist ein Glück, daß nicht alle katholischen Deutschen so sind. Die Mehrheit unter ihnen ist jedoch ehrlicher. Deshalb fand jene Versammlung bei den rechtschaffenen katholischen Deutschen keine Anerkennung. Entzückt waren von ihr nur diejenigen gewesen, die in dem Oberpräsidenten ihren Bischof verehren und zum Papste — nun, ich weiß schon nicht wen — wählen möchten! Genug, dies alles hat mich so tief gekränkt und verbittert, daß ich keine Lust hatte, eine „Plauderei“ zu schreiben.

Es ist auch wahr, selten noch kann ich über schöne und lustige Sachen berichten. Es wurmt mich z. B., worüber ich schon oft geschrieben habe, daß unser Volk noch so unwissend und — wie die Motte zum Licht — hinter irgend welchen abenteuerlichen Erfindungen und wunderbaren Arzneien her ist, namentlich wenn der schlaue Fabrikant ihnen irgend welche heilige Bezeichnung gibt. Als wenn ihm jemand Sand in die Augen gestreut hätte, sieht er nicht die Hinterlist und gibt sein schweres Geld für dieses unsaubere Zeug aus, welches ihm manchmal der schlimmste Feind seines Glaubens und seiner Sprache aufdrängt.

Hört zu, liebe Leser, was ich in den Gegenden von Wielichowo, Primont und Alt-Kloster erfahren und gesehen habe. Dort gab man mir in die Hand einen polnisch gedruckten Zettel mit dem großen Titel: „Wirkliche Fehleiner Mariatropfen, hergestellt nur in der Klosterapotheke in Alt-Kloster“. Die Sache verhält sich folgendermaßen: In Alt-Kloster ist ein Arzt und ein Apotheker, welche je 1800 Mk. Subvention von den Katakisten erhalten. Weil aber diese Unterstützung nicht ausreicht, so muß die Spekulation helfen, welche auf die Leichtgläubigkeit des frommen katholischen Volkes, welches in der hiesigen Gegend eine große Verehrung zur „Fehleiner Mutter Gottes“ an den Tag legt, berechnet ist. Am 2. Juli kommen nach Fehlen, Parochie Alt-Kloster, gegen 20 Pilgerhaufen und gegen 15000 Fromme. Der durch die Gläubigen liebgewordene Ort Fehlen und der heilige Name Marias und das Bildchen der Fehleiner Kirche mit der Figur der heiligsten, gnadenreichen Jungfrau Maria und das Wasser aus dem am Kirchplatze befindlichen Brunnen — dieses alles mußte doch zweifelsohne den

Erfolg verleihen. — Die Bezeichnung „Klosterapotheke“ zieht ebenfalls — dann die Namen Maria, Fehlen, Kloster und Wasser aus einem heiligen Ort — werden beim katholischen Volke in Ehren gehalten. —

Wie ist es in Wirklichkeit? In Fehlen gab es und gibt es kein Kloster — aber das Wort „Kloster“ zieht. Einen am „kirchlichen Ort befindlichen Brunnen“ gibt es weder auf dem Kirchhofe noch auf dem Platze vor der Kirche. Aber an wunderwürdigen Orten befinden sich gewöhnlich Quellen — also mußte auch für die Fehleiner Tropfen eine Quelle erfunden werden. — Die Tropfen sind in Alt-Kloster gemacht worden, aber da Fehlen von Fraustadt bis Bentischen und Grätz berühmt ist, müssen die Tropfen Fehleiner Tropfen heißen, nur damit das „geheißt“ geht. Die von dem „Dismarckenverein“ unterstützte Apotheke geht nicht, die Unterstützung reicht nicht aus, also sollen Fehlen und Maria und das wunderwürdige Wasser vor dem Bankerott retten. —

Die in jenen Gegenden wohnenden Menschen zweifeln zum größten Teil an der Heilkraft dieser Tropfen. — Aber es können sich noch Leichtgläubige und solche die man nicht jät, sondern die von selbst aufgehen, finden. — Also klärt doch ihr Klügeren die Unwissenden auf, damit sie nicht gestatten, sich an der Nase so herumführen zu lassen.

Es scheint mir auch, daß es sich verlohnen würde, gegen eine solche Spekulation die Hilfe des Staatsanwalts anzurufen. Ich bin der Meinung, daß wenigstens der Propst dieser Parochie das Recht habe, dagegen einzuschreiten, damit die Heiligkeit des Ortes nicht zu solchen Betrügereien ausgenutzt werde.

Andernfalls geht an die Arbeit euer Diener und Freund
Hänschen Weltenbummler.

Aus Nr. 257 des Postep (Posen)
vom 10. November 1909:

Eine gute Nachricht aus Gostyn.

Der Gemeinderat hat es beschlossen und der Kreisausschuß hat es bestätigt, daß die Kröbener Straße, welche nach der Ziegelei führt, zur Stadt gehört und keine selbständige Gemeinde bildet. Die Sache war sehr verwickelt, und nur der beharrlichen Arbeit des Gemeinderats haben wir das erzielte günstige Resultat zu verdanken. Aus diesem Grunde herrscht ein gewisser Verkehr in der Stadt und die Bürger verkaufen gerne Bauparzellen. Landleute aus Westfalen und Arbeiter aus Stadt und Umgegend können bei kleinen Anzahlungen Parzellen von 2 bis 10 Morgen Größe erwerben. Gostyn und die Umgegend sind rein polnisch. Die Deutschen wollten dort die Germanisation hineintragen: aber die trefflichen Bürger wollten ihr Land für eine deutsche Ansiedlung nicht hergeben. Doch der Jude Alfred Wachtel verkaufte seine Wirtschaft Herrn Lehmann aus Drzentschewo, der sicherlich eine Mittelperson der Ansiedlungskommission oder jenes Pastors aus Ostrowo ist. Diese 100 Morgen große Wirtschaft soll in 20 Parzellen aufgeteilt werden, welche für deutsche Arbeiter bestimmt sind, denen man Häuser bauen und sie ihnen vielleicht umsonst überlassen wird, nur um Gostyn deutsch zu machen. Um dem vorzubeugen, haben die Gostynner beschlossen, alle Parzellen an der Kröbener Straße unsern Landsleuten zu verkaufen. Auf diese Weise werden 30 bis 40 polnische Ansiedlungen entstehen, welche mit der Gostynner Bürgerschaft zusammen die Stadt vor den Gelüsten unsrer „Busenfreunde“ verteidigen werden.

Ich bitte die geehrte Redaktion, die polnischen Arbeiter aufzufordern, Parzellen in Gostyn zu kaufen,

und die Gostyner Bürgerschaft zu ermahnen, die Parzellen nur an Polen zu verkaufen und denen, die an Fremde verkaufen würden, mit Verachtung zu drohen.

Mögen den obigen Bemerkungen diejenigen Land Leute in der Fremde und in der Heimat Beachtung schenken, welche gewillt sind, in Gostyn Parzellen zu erwerben.

Ein Gostyner Parochiane.

Aus Nr. 254 des Lech (Gnesen)

vom 7. November 1909:

Die Regierung gegen die polnischen Handwerker.

Die antipolnische Politik der Regierung stützte sich bis vor kurzem fast ausschließlich auf die Bestrebung, die Polen von ihrem Grund und Boden zu verdrängen, die polnischen Dörfer und ländlichen Bezirke zu ver-deutschen und zu protestantisieren. Man war der Meinung, daß die Folgen dieser Politik ebenso ungünstig auf das Polentum der Städte Großpolens einwirken würden, welche aus Mangel an Unterstützung von außen langsam und ständig sich verdeutschten werden. Indessen zeigte die Wirklichkeit, daß diese Rechnung falsch war. Nicht nur, daß das Polentum in den Städten nicht zurückgeht, sondern im Gegenteil, die Städte polonisieren sich immer mehr.

Daher fing man an, der antipolnischen städtischen Politik mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es sind im allgemeinen die Mittel bekannt, mit deren Hilfe diese Politik zur Vernichtung des polnischen Bürgertums und zur Erzeugung desselben durch das deutsche Element strebt. Die Regierung begann nunmehr mit einer besonderen Sorgsamkeit die polnischen Handwerker zu behandeln. In letzter Zeit vermehrten sich im Kreise der Handwerker die Klagen über die ungerechte Behandlung durch verschiedene amtliche Faktoren.

Die Handwerkskammern richten, wie bekannt, sogenannte Kurse für die Meister zum Zwecke ihrer weiteren Ausbildung und Vervollkommenung im Berufe ein. Es sind zahlreiche Fälle vorgekommen, wo man polnische Handwerker, die sich zu solchen Kursen gemeldet haben, abgewiesen hat. Es haben weder Klagen noch Beschwerden genutzt, da für die Polen in diesem Kursus kein Platz war.

Eine weitere Erscheinung der Antihandwerkerpolitik der Regierung ist die Tatsache, daß die Regierung dem Handwerk immer mehr seine Selbstständigkeit nimmt. Es gab Zeiten, wo das Handwerk ohne Beteiligung amtlicher Faktoren selbst regierte, das waren die Zeiten der höchsten Entfaltung des Handwerks.

Heute besitzt das Handwerk nur noch winzige Überreste von seiner Selbstverwaltung, und das polnische Handwerk hat sie nur auf dem Papier. Den Innungen mit der polnischen Mehrheit wird die Möglichkeit der Prüfungsabnahme genommen, aber auch den Innungen, welche die Möglichkeit dazu haben, kürzt man das Recht bis auf Null.

Die Innungen werden zur Einreichung der Kandidaten als Examinatoren aufgefordert, aber darauf werden andere Examinatoren ernannt, oft gänzlich unbrauchbare und in ihrem Berufe schwachköpfige und keine Polen. Solche Fälle sind in Gnesen vielfach vorgekommen, wo bei der Wahl der Innung man zur Tagesordnung überging, die gewählten polnischen Examinatoren nicht berücksichtigte, sondern deutsche ernannte. Zu derselben Kategorie von Mitteln, die zur Vernichtung des polnischen Handwerks gebraucht werden, gehören auch die neu eingeführten Meisterprüfungen. Dieses spricht offen der Geheime Regierungsrat und

Beamte der Ansiedelungskommission Herr in seiner unlängst publizierten Arbeit aus, und der bekannte deutsche Historiker Professor Delbrück schreibt in seinen „Preussischen Jahrbüchern“ dazu folgendes:

„In Gnesen gab es, wie der Posener Regierungsrat Herr in seiner Publikation schreibt, im Jahre 1890 176 deutsche Handwerker und 340 polnische, im Jahre 1903 waren nur noch 136 deutsche und 406 polnische Handwerker.“ Dieses Beispiel ist noch sehr mild. Man kann sagen, daß das deutsche Handwerk im allgemeinen zurückgeht und daß kleine Mittel diesem nicht abhelfen. Der Posener Regierungsrat sieht hierzu keinen anderen Rat, als die Einführung der Meisterprüfungen. In dieser Weise könnte man langsam die polnischen Stellen mit deutschen besetzen.

Deutlicher kann man das Vorhaben der Regierung hinsichtlich des polnischen Handwerks nicht verraten. In den Meisterprüfungen hat die Regierung ein neues Mittel zur Zurücksetzung polnischer Handwerker. Eine solche Prüfung hat nach dem neuen Gesetz der Gewerbesteuer die Bedeutung, daß sie berechtigt, Lehrlinge zu beschäftigen. Wer von den jüngeren Handwerkern eine solche Prüfung nicht abgelegt hat, der kann keine Lehrlinge ausbilden. Es gibt noch eine sogenannte „kleine Prüfung“ bzw. „kleinen Befähigungsnachweis“, aber auch der wird augenscheinlich zu Ungunsten der Polen ausgenutzt.

Die Meisterprüfungen, welche in deutscher Sprache für die Polen schwierig sind, werden für unseren Handwerker noch mehr erschwert werden, um so viel als möglich die polnischen Kandidaten zu verdrängen. Die Regierung verriet schon deutlich ihr Vorhaben dadurch, daß sie zu Vorsitzenden der Prüfungskommissionen Beamten ernennt, während bis jetzt an der Spitze dieser Kommissionen ein Handwerker stand. — Die Aufgabe und Pflicht eines solchen Vorsitzenden wird es sein, darüber zu wachen, daß das Prüfungsergebnis im Sinne der antipolnischen Politik der Regierung ausfalle.

Wenn dieses Resultat glücken sollte, dann müßte es mit der Zeit an polnischen Handwerkern fehlen, welche die Meisterqualifikation besitzen und das Recht haben, Lehrlinge auszubilden. Daher müßte unsere Jugend soweit sie überhaupt Lust hätte sich dem Handwerk zu widmen, ihre Lehrzeit bei Fremden zurücklegen.

Es ist eine klare Sache, daß hierin für die Jugend in nationaler Beziehung eine große Gefahr vorläge, denn das drei oder vier Jahre lange Verbleiben unter dem Einfluß eines deutschen Meisters, muß auf die Entwicklung des nationalen Selbstbewußtseins des Lehrlings nachteilig einwirken, und dieses Selbstbewußtsein geradezu ertöten.

So möchte also die Regierung mit einem Schlage ein doppeltes Ziel erreichen: Die Ruinierung und Entnationalisierung des polnischen Handwerkers. Die Sache ist also von großer Bedeutung.

Daher müßte durch Bemühung der Handwerkerorganisation und aller der Personen, denen das Wohl unseres Handwerks und der Volksgesamtheit am Herzen liegt, danach getrachtet werden, den gegen unsere nationale Existenz gerichteten Stieb abzuschwächen.

Aus Nr. 258 des Dziennik Kujawski (Hohenhausen)

vom 11. November 1909:

Die Arbeiter und die polnische Fraktion!

In der Essener Versammlung der Delegierten der Abteilung der Hüttenarbeiter der „Polnischen Berufsvereinigung“ wurde der nachfolgende Beschluß gefaßt:

„Weil es vorgekommen ist, daß die polnische Fraktion sowohl im Reichstage wie im Landtage einen Standpunkt eingenommen hat, der sich gegen die Ansichten der Allgemeinheit der Arbeiter hinsichtlich mancher Regierungsprojekte, wie z. B. bei den Beratungen über die Bergesebnovelle, richtet und die letzten Vorkommnisse in der polnischen Reichstagsfraktion gezeigt haben, daß es an einer näheren Verständigung der Fraktion mit unseren Führern mangelt, haben es die versammelten Delegierten für unumgänglich notwendig erachtet, daß sich die polnische Fraktion in Zukunft bei der Vorlegung sozialer Projekte, bevor sie hinsichtlich des Projektes eine entsprechende Stellung einnimmt, erst mit dem Vorstande der polnischen Berufsvereinigung ins Einvernehmen setzt.“

Aus Nr. 255 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. November 1909:

Die Wahlorganisation in Hohenjalza.

Das städtische Wahlkomitee wählte in der vorgetragenen konstituierenden Versammlung in seinen Vorstand bzw. in den Vorstand des Wahlvereins die Herren: Dr. Krzyminski als Vorsitzenden, M. Dutkiewicz als Vertreter, Redakteur Bojzowski als Schriftführer, Stephan Knast als Vertreter und L. Weidmann als Schatzmeister. Man beratschlagte über die Durchführung der Organisation für Hohenjalza. Für die einzelnen Wahlsektionen wählte man besondere Kommissionen, über welchen das städtische Komitee die Aufsicht hat. Es wurde auch über die Mittel zur Erweiterung des Wahlvereins beraten.

Aus Nr. 253 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 9. November 1909:

Aus Posen

erhielten wir nachstehendes Schreiben:

An die verehrliche Redaktion des Dziennik Bydgoski
in
Bromberg.

Aus dem Dziennik Poznański (Nr. 254) erfahre ich, daß der Dziennik Bydgoski dieser Tage die Nachricht verbreitete, in meiner Wohnung fänden politische Beratungen statt, ich bestimmte die Abgeordneten und beeinflusste die Politik der polnischen Fraktion in Berlin. Mein Name ist zwar nicht genannt, aber die Sache ist so dargestellt, daß, wie es auch manche Blätter getan haben, nur ich damit gemeint sein kann.

Auf Grund des Preßgesetzes bitte ich die geehrte Redaktion, in der nächsten Nummer ihres Blattes auf derselben Stelle, auf welcher die obige Nachricht abgedruckt war, einen Widerruf zu veröffentlichen. Die daselbst verbreitete Nachricht ist von Anfang bis zu Ende falsch und entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage. — Da ich wichtigere Angelegenheiten zu erledigen habe, befaße ich mich grundsätzlich nicht mit der Politik, auf die Wahl der Abgeordneten und auf die Politik der polnischen Fraktion übe ich keinen Einfluß aus. Sollte die geehrte Redaktion meinem Verlangen nicht nachkommen, dann wäre ich genötigt, die Angelegenheit der königlichen Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Mit Achtung

Bischof Liko wski.

Wir veröffentlichen das obige Schreiben gern, obwohl uns das Preßgesetz, auf welches sich der hoch-

würdige Bischof beruft, gar nicht dazu zwingt. Wir tun es jedoch deswegen, weil man in der Tat den Namen des Bischofs zu unrecht genannt hat. Es geschah dies seitens der katolischen Blätter, deren Dummheit der Dziennik Poznański in höflichem Eifer wiedergab. In unserem Blatte ist nicht mit einem Worte auf die Person des hochwürdigen Bischofs hingewiesen worden, sondern es ist im allgemeinen gesagt, daß bei einem gewissen kirchlichen Würdenträger auf der Dominsel die Versöhnungspolitik geschmiedet wurde. Der Dziennik Poznański wird sicherlich wissen, um wen es sich handelt, aber er schlägt absichtlich falschen Alarm, dessen Zweck sehr durchsichtig ist.

Es ist uns sehr unangenehm, daß sich der hochwürdige Bischof durch die Bemerkungen unseres Korrespondenten getroffen fühlte. Obwohl wir wissen, daß die Pfeiler der Versöhnung durch seinen Einfluß von Rom her Auszeichnungen erhielten, so haben wir ihn doch niemals der tätigen Unterstützung der Versöhnungspolitik beschuldigt, um so weniger in solcher Bedeutung, wie das angeblich im Dziennik Bydgoski behauptet worden ist. Man hat uns hier eine Sache untergeschoben, die uns nicht einmal im Traume eingefallen ist.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 7 des Gryf (Berent)
vom Oktober 1909:

Das kaschubische Museum in Weitssee.

Unter dieser Überschrift berichtet der Gryf über das vom Lehrer Gulgowski in Weitssee unterhaltene kaschubische Museum.

Der Artikel schließt:

Eine passende Ergänzung dieser kaschubischen Altertümer sind die Handarbeiten der Frau Gulgowska, die gerade ihrer Originalität wegen in den letzten Wochen weit und breit bekannt geworden sind. Jene primitiven Anfänge der häuslichen Kunst, die sie an den Schränken, Küchentischen, Geräten und Gemäuern vorgefunden hat, hat sie als Muster zu ihren Stickereien benutzt. Selbstverständlich hat sie die bescheidenen Muster in künstlerischer Weise entwickelt, d. h. den Grundsätzen des Geschmacks angepaßt. Trotzdem ist überall der ursprüngliche kaschubische Charakter erhalten geblieben, wie die Zusammenstellung der grellen Farben ohne Schattierung (besonders rosa und blau) und dieselben Blumenmotive (hauptsächlich Rosen und Tulpen). Das Tuch auf dem Gitter der Kirche in Weitssee ist nach diesem kaschubischen Geschmack gestickt, dagegen sind die Kreuzzeichen der obigen Blumenmotive natürlich nur eine Zugabe, weil es der kirchliche Geschmack erfordert. Ich habe den Vorzug gehabt, ganze Stöße derartig gestickter Handtücher, Blusen, Schürzen, Bilder usw. zu sehen und wundere mich gar nicht, daß diese Sachen auf der internationalen Volkskunstausstellung in Berlin so sehr gefallen haben.

Die Herstellung dieser Stickereien, welche Frau Gulgowska aus künstlerischer Liebe zu den einfachen Formen der Volkskunst begonnen hat, hat für Weitssee auch eine wirtschaftliche Bedeutung. Es werden nämlich damit eine ganze Anzahl von Landmädchen beschäftigt, woraus dieses ursprünglich so arme Dörfchen einen nicht geringen Nutzen zieht, besonders, da angeblich diese Erzeugnisse einen großen Absatz haben sollen. Sogar die Schachteln zum Verpacken dieser Sachen sind ein heimisches Erzeugnis, es sind das unsere Bastkörbchen.

Hier drängt sich nun unwillkürlich der Gedanke auf, ob es nicht angebracht wäre, diesen Erwerbszweig in der ganzen Kaschubei zu verbreiten? Zu diesem Zwecke müssen zunächst zwei Fragen erwogen werden:

1. ob sich dieser Erwerbszweig auch wo anders lohnen würde, d. h. ob er imstande wäre, die Arbeit entsprechend zu entlohnem;
2. ob sich Kräfte finden würden, welche diese Arbeit leiten könnten, was von vornherein schwer festzustellen und zu beurteilen ist.

Es würde sich empfehlen, wenn Frau Gulowska, die den Geist der kaschubischen Volkskunst so vorzüglich erfaßt hat, in einigen Vorträgen, die in verschiedenen größeren Orten wie z. B. Berent, Karthaus, Neustadt usw. gehalten werden könnten, diese Idee popularisieren und unsere Damen, zu deren Kompetenz die Pflege dieses Kunst- und Erwerbszweiges vornehmlich gehört, mit dessen Grundwesen bekannt machen möchte. Es würde zweifellos sehr am Platze sein, wenn sie eine Sammlung von im kaschubischen Geschmack ausgeführten Stickmustern herausgeben würde.

J a n o w i c z.

Aus Nr. 253 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. November 1909:

Der kämpfende Haktismus.

Es wird uns aus Danzig geschrieben:

Der berühmte Verteidiger des bedrohten Deutschthums, die „Danziger Neuesten Nachrichten“, berichten nach der „Täglichen Rundschau“ über die Gründung eines polnischen Volksvereins in Kossakow in der Kaschubei durch den Redakteur Kowalski, den Wikar Dembinski und den Richter Chmielewski aus Zoppot.

Namentlich der letzte Herr empört sehr den haktistischen Schreier, denn wie kann ein Richter zu den Gründern eines gegen die Größe des Staates gerichteten Vereins gehören! Im Zoppoter Adressbuch ist allerdings ein Richter mit dem Namen Chmielewski nicht aufgeführt, aber in jedem Falle fordern die „Neuesten“ die betreffende vorgesetzte Behörde auf, solche Elemente möglichst bald aus dem Richterstande zu entfernen.

Vor allen Dingen muß man sich wundern, daß das Hauptorgan der Danziger HKT mit dem pomposen Titel „Die Neuesten Nachrichten“ erst von der ehrbaren Berliner Kollegin von der Gründung eines Vereins in einem kaum 4 Meilen von Danzig entfernten Dorfe erfährt. Wir können weiter der „Neuesten“ und ihren zahlreichen Freunden verraten, daß Herr Chmielewski schon seit vielen Jahren in Zoppot wohnt, wo er der Besitzer der bekannten Villa „Quo vadis“ gegenüber dem Kurhause ist.

Herr Chmielewski war früher Richter, daher befindet er sich in der glücklichen Lage, daß er auf die Denunziation der HKT — pfeifen kann.

Die polnischen Vereine haben hauptsächlich den Kampf gegen die entartete HKT und nicht gegen die gerechten Staatsgesetze zum Ziel.

Schwer zu glauben ist es jedoch, daß das polenfreßende Organ bisher nichts vom Herrn Chm. in Zoppot und von dessen Tätigkeit im Interesse des kaschubischen Volkes gehört hat. Einer seiner Redakteure wohnt dort nämlich seit langer Zeit ständig und hat auch dort eifrige Anhänger. Es scheint fast, daß sie nur die Dummen markieren.

Aus Nr. 134 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. November 1909:

Die preußischen Polenfreßer bei der Arbeit.

Die preußischen Polenfreßer sind seinerzeit in Schrecken geraten, als die polnischen Abgeordneten durch ihre Beteiligung an der Finanzreform den Fürsten Bülow gestürzt und den Block gesprengt haben. Die Polenfreßer haben es begriffen, daß die polnischen Abgeordneten durch die Zertrümmerung des Blocks der Regierung wenigstens im Reichstage das Werkzeug aus der Hand gestoßen haben, mit dessen Hilfe die Regierung im Reichstage zum ersten Mal ein antipolnisches Gesetz, und zwar das neue Vereins- und Versammlungsgesetz durchbringen konnte. Darum haben auch die preußischen Polenfreßer im ersten Augenblick nach der Beschließung der Finanzreform vor Wut gegen die Konservativen geschäumt. Und das umso mehr, als sie annahmen, daß zwischen den Konservativen und den Polen irgend eine Vereinbarung bestanden hat. Die preußischen Polenfreßer waren in fürchterlicher Besorgnis, daß die Konservativen in Zukunft mit einer weiteren antipolnischen Politik nicht mehr einverstanden sein würden. Und diese antipolnische Politik gibt den Talerpatrioten, wie es die preußischen Polenfreßer sind, immer eine Krippe voll appetitlichen Fraßes sowie leichten und guten Verdienst auf verschiedenen Gebieten. Deshalb kann es auch nicht wunder nehmen, daß diese Talerpatrioten an dem Gedanken vor Angst förmlich gestorben sind, daß diese für sie so prächtigen Zeiten aufhören, daß diese Krippen voll appetitlichen Fraßes für immer verschwinden könnten.

Seit einigen Monaten haben also die preußischen Polenfreßer, deren es auch unter den Konservativen viele gibt, die Wähler gegen die konservative Partei aufgehetzt. Sie haben auf Versammlungen unerhörte Hekereien inszeniert und sich bemüht, die Konservativen ins Wackshorn zu jagen. Gleichzeitig haben sie sich aber bemüht von der Regierung und den Konservativen die Erklärung herauszuholen, daß die antipolnische Politik in keiner Hinsicht eine Änderung erfahren werde. Die preußischen Polenfreßer wissen zwar sehr gut, daß weder die Erklärung der Regierung noch der Konservativen im Reichstage ein neues antipolnisches Gesetz durchführen kann, solange es dort keine neue antipolnische Mehrheit gibt. Denn es ist doch eine bekannte Sache, daß der Block zertrümmert ist und sich nicht mehr zusammenleimen läßt. Deshalb wissen die preußischen Polenfreßer auch gut, daß sich vorläufig im Reichstage gegen die Polen nichts unternehmen läßt. Aber die preußischen Polenfreßer wissen auch gut, daß im preußischen Landtage die Konservativen allmächtig sind. Und deshalb geht es ihnen darum, daß wenigstens die traditionelle Schmiede antipolnischer Gesetze, der preußische Landtag, ohne Unterbrechung gegen die Polen arbeite. Und sie befürchteten, daß die Konservativen mit Rücksicht auf die Beteiligung der Polen an der Finanzreform bereit wären, den Gang der antipolnischen Gesetzgebungsmaschine zu hemmen.

Dank der Machinationen der preußischen Polenfreßer häuften sich also in den letzten Monaten sowohl Telegramme des neuen Reichskanzlers Herrn von Bethmann-Hollweg wie auch Erklärungen verschiedener konservativer Persönlichkeiten und Blätter des Inhalts, daß keine Besorgnis bestehe, daß die „Verteidigung des Deutschthums“ vernachlässigt würde. Das bedeutet, daß die antipolnische Politik nicht aufhören wird. In den letzten Tagen haben die offizielle konservative Korrespondenz und hinterher die „Deutsche Tageszeitung“ sowie andere konservative Blätter eine Notiz veröffent-

licht, aus der man folgern konnte, daß einige konservative Kreise bereit seien, zur Durchführung eines Gesetzes ihre Hand zu bieten, welches den Polen die Parzellierung von Landgütern erschweren oder gar unmöglich machen soll.

Ob ein solches Gesetz wirklich vorgelegt werden wird, und ob es durchgeht, das steht noch dahin. Denn durch eine Einschränkung der Parzellierung würde der Bodenpreis ganz bedeutend sinken, und darunter würden doch vor allen Dingen auch die Konservativen leiden. Und diese Herren sind, wie bekannt, auf ihr materielles Interesse sehr bedacht! Aber darum handelt es sich hier nicht. Die preussischen Polenfreßer haben in jedem Falle die Zusicherung, daß sich das antipolnische System nicht ändern wird. Die in reichlichem Maße mit schmachhaftem Fraß angefüllte Krippe wird auch in Zukunft ihre Belohnung für die „Rettung des bedrückten Deutschtums“ vor den grausamen Polen sein.

Diese Erklärungen der konservativen Persönlichkeiten und Blätter haben auch für unsere Gesamtheit eine gewisse Bedeutung. Sie sind vor allen Dingen ein kaltes Regenbad auf die entbrannten Köpfe gewisser Politiker, die sich von den Konservativen wer weiß was für Dienste versprochen haben. Wir hoffen, daß diese Erklärungen und Artikel der konservativen Politiker und Blätter auch auf einige Abgeordnete, wie z. B. auf den Abgeordneten von Dziembowski, wie ein kalter Wasserstrahl wirken werden, der auf der Versammlung in Mogilno den Beweis geliefert hat, daß er ebenfalls auf die deutschen Konservativen große Hoffnungen gesetzt hat.

Der größte Teil der polnischen Fraktion hat jedenfalls solche Hoffnungen nicht genährt, als sie sich an der Finanzreform beteiligte. Sie hatte nur das Interesse der eigenen Gesamtheit im Auge, sie hat die laufenden Angelegenheiten mit nüchternen Blicken verfolgt und die polnische Bevölkerung vor noch größeren Lasten bewahrt. Und wenn es ihr bei dieser Gelegenheit noch gelungen ist, den Fürsten Bülow zu stürzen und, was noch wichtiger ist, den Block zu zertrümmern und damit zu zeigen, daß das polnische Volk noch nicht ganz kraftlos ist, daß es im gegebenen Falle noch genug Kräfte besitzt, um sogar den Reichskanzler des mächtigen Deutschlands politisch zu töten, so war das Bezahlung genug, und sie brauchte sich nach keinem Dienst der deutschen Konservativen umzusehen.

Das Verhältnis der Konservativen zur antipolnischen Politik ist folgendes: Die Konservativen, wie alle Deutschen überhaupt, suchen vor allen Dingen materielle Vorteile sogar auch in der Politik. Wenn also die antipolnische Politik ihnen in Zukunft Vorteile bieten wird, dann werden sie sie unterstützen, aber wenn es diese materiellen Vorteile für sie nicht geben wird, wenn sie im Gegenteil Schaden davon haben werden, dann werden sie diese antipolnische Politik nicht unterstützen trotz aller Erklärungen und Zeitungsartikel.

Was dagegen die polnische Gesamtheit anlangt, so blickt sie mit voller Ruhe in die Zukunft und fürchtet sich nicht der Hölleversuche der preussischen Polenfreßer. Es sind schon so viele antipolnischen Gesetze beschlossen worden, und die polnische Nation lebt immer noch! Ob nun die Übermacht eins mehr oder weniger beschließt, das rührt sie nicht. Was sie auf keine Weise abwenden kann — das erträgt sie! Die polnische Nation hat ihr Schicksal in die Hand Gottes gelegt. Gott ist ihr Schutz und Schirm. Er wird es auch weiterhin bewirken, daß das polnische Volk nicht untergeht, daß es der Satan selbst nicht bezwingt, und umsoweniger seine Gehilfen — die preussischen Polenfreßer. Und es wird einstmals die Zeit kommen, daß alle diese Plagen, welche die polenfreßerische Meute für uns

ausmisst, sich gegen sie selber wenden werden. Und vielleicht ist dieser Tag gar nicht mehr so weit, als wie es scheinen könnte.

Aus Nr. 134 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. November 1909:

Aus der Graudenzger Gegend wird uns mitgeteilt, daß unser Landsmann Herr Plitt eine 40 Morgen große Wirtschaft von dem Deutschen Wolfram in Szejpanki für 23 000 Mark gekauft hat. — Dem Käufer ein Glück auf! Die Red.

Aus Nr. 45 des Przyjaciół Działu (Kinderfreund)
vom 9. November 1909,

Beilage zu Nr. 134 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. November 1909:

Kinderbriefe

Von Stanislaus Grobelny aus Grohe in Hannover:

„Gelobt sei Jesus Christus! Ich schreibe an den lieben Kinderfreund den ersten Brief. Ich bin 10 Jahre alt. Wir stammen aus Krotoschin und im März werden es drei Jahre, daß wir hier in der Fremde wohnen. Ich bin aber sehr traurig, daß ich in der Kirche die Muttersprache nicht höre. — Ich habe zwei Schwestern. Eine ist 18 Jahre alt und die andere ist 16 Jahre alt und Schriftführerin im Turnverein „Sokol“.“

Aus Nr. 88 des Mazur (Ortelburg)
vom 7. November 1909:

Die Zukunft der Masuren.

Aus Kreisen der evangelischen Geistlichkeit ist uns unter obiger Überschrift ein Artikel überandt worden, dessen ersten Teil wir in der heutigen Nummer veröffentlichen:

I.

Der Pruski Przyjaciół ist geradezu entzückt von der Koscinski'schen Broschüre, in welcher letzterer die Zukunft der Masuren behandelt und dabei die Besorgnis ausspricht, daß das jetzige Geschlecht wahrscheinlich das letzte sein werde, in dem die Mütter noch zusammen mit den Kindern polnisch beten.

Herr Koscinski zweifelt zwar daran nicht, daß die Masuren das noch bleiben können, was sie seit Jahrhunderten sind, nämlich evangelische Polen, aber schon allein diese Besorgnis, die der Pruski aus der Broschüre des Herrn Koscinski herausgelesen hat, hat ihn in Entzücken versetzt.

Wenn die Masuren verdeutscht würden, dann würde die evangelische Kirche einen großen, unbeschreiblichen Schaden davontragen. Denn unsere Kirche will eine derart allgemeine Kirche sein, wie das für alle Völker bestimmte Evangelium Christi allgemein ist. Wenn die evangelische Kirche so z. B. in Spanien untergehen würde, wo sie von fremden Ankömmlingen eingeführt worden ist und sich auch hauptsächlich aus Fremden zusammensetzt, wo die mit großer Mühe und vielen Kosten geführte Mission sehr bescheidene Früchte trägt, dann würde man es in der ganzen evangelischen Welt als eine große Niederlage der evangelischen Kirche und des Evangeliums Christi betrachten. Sicherlich würden auch der Pruski Przyjaciół und alle hinter ihm Stehenden darüber jammern.

Die große slawische Welt ist überwiegend katholisch. Unter den Slowaken gibt es zwar eine große Anzahl Evangelischer, die sich aber rücksichtslos auf das Magyaren-tum stützen. In Tschechen und in Mähren sind nur noch Überreste der ehemals blühenden evangelischen Kirche.

Außerdem gibt es nur noch unter der polnischen Nation, in Österreich- und Preußisch-Schlesien, im Königreich (Polen), in Litauen und in Masuren geborene evangelische Polen. Ein großer Teil von ihnen lebt in geschlossener Masse in Masuren.

Wenn uns Gott trotz verschiedener Prüfungen lange Jahrhunderte hindurch als evangelische Polen erhalten hat, so hat er mit uns gewiß irgend welche Absichten.

Vielleicht sind wir jenes evangelische Sensorn, das im Meere des Slawentums gepflanzt ist, um als großer Baum aufzuwachsen, damit sich in seinen Zweigen Millionen von Nestern nisten, oder jener Sauerteig, der den ganzen Brotteig säuern soll.

Ich will in die Vorsehung Gottes nicht hineinblicken, aber das ist gewiß, daß wir sowohl das Evangelium wie unsere Sprache hüten müssen als teure väterliche Erbstücke sowie als schätzenswerte und heilige Gaben Gottes. Wenn die evangelischen Masuren verdeutscht werden, dann wird es auf der Welt einige Zehntausend Deutsche mehr geben, aber die evangelische Kirche wird eine Niederlage erleiden, weil die Macht des Evangeliums unter der polnischen Nation gekürzt sein wird.

Das wollen der Pruski Przychiaciel und ihm ähnliche nicht verstehen. Der Haß gegen die polnische Nation hat sie so verblendet, daß sie es ohne Trauer mit ansehen würden, wenn der starke Zweig der evangelischen Kirche in der polnischen Nation eintrocknete, wenn dadurch nur die Zahl der Deutschen um einige Zehntausend wachsen würde. Es geht ihnen also weniger um das Evangelium als um das Deutschtum.

Der Pruski Przychiaciel zählt Herrn Roscinski mit einem gewissen Stolz die große Anzahl polnisch-evangelischer Bücher auf. Gewiß, es gibt ihrer eine große Zahl, aber nach dem Pruski sind die polnischen Bücher für die „alten Masuren, welche deutsche Andachtsbücher noch nicht lesen können“, denn den jungen Masuren empfiehlt er nur noch deutsche Andachtsbücher, weil sie sie „mit besserem Nutzen für die Seele und mit besserem Verständnis (?) lesen werden“.

Aus Nr. 255 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. November 1909:

Die Literatur in Masuren.

I.

Es ist nicht lange her, als man bei uns es für durchaus notwendig erachtete, sich der Masuren in moralischer und in intellektueller Beziehung anzunehmen und sie mit einer entsprechenden Literatur zu versehen, die imstande wäre, ihr geistiges Niveau zu heben; diesem Plane trat damals der in Königsberg erscheinende Pruski Przychiaciel Ludu entgegen. Dieser Przychiaciel erwiderte (Nr. 43 d. J.), daß die evangelischen Masuren — wir geben hier die Schreibweise im Original wieder — vortreffliche Schriften und Bücher in polnischer Sprache besäßen, nämlich außer der Bibel und dem Gesangbuch mit über 1000 frommen Liedern ein Buch von J. Arndt über das wahre Christentum, ein Predigtbuch von Dambrowski, neu herausgegeben auf Veranlassung des Berliner Oberkirchenrates im Jahre 1866 durch den Drielsburger Geistlichen D. Gerß, die Evangelien-

postille von Braßberger, ins Polnische übersetzt durch Gerß, die Hauspostille von Dr. Martin Luther, ins Polnische übersetzt und gedruckt in Teschen, ein Predigtbuch für Sonntagslectionen, ins Polnische übersetzt und herausgegeben durch den Geistlichen Czngan aus Willenberg, die Predigten von Ziethe, ins Polnische übersetzt durch den Katecheten J. Rojet aus Flammenberg bei Drielsburg, und andere Predigtbücher. Außerdem haben die Masuren noch folgende Gebetbücher: Paradiesgärtchen von J. Arndt, Alltäglicher Gottesdienst von Stark, übersetzt durch Gerß, Schatzkästchen von Gofner, übersetzt durch Gerß, Pilgerreise von Johann Bunyan, übersetzt durch Gerß, ein Passionsbüchlein und ein Adventbüchlein, zusammengestellt durch Gerß, Der Einsiedler am Sturzbach, ins Polnische übersetzt durch Gerß, Andächtige Betrachtungen von Johann Gerhard u. d. m.

Bei dieser Gelegenheit bemerkt der Pruski Przychiaciel Ludu, daß der alte Masure, der noch nicht imstande sei, deutsche, fromme Bücher zu seiner Erbauung zu lesen, an den angeführten polnischen Büchern für sein ganzes Leben genug habe und weiterer frommer Bücher nicht bedürfe.

Und die masurische Jugend, so folgert der Pruski Przychiaciel Ludu, könne schon mit besserem Nutzen für ihr Seelenheil und mit vollkommenerem Verständnis in den deutschen, frommen Büchern lesen. Leset auch, junge Masuren, fleißig jene deutsche Bücher, welche in den Volksbibliotheken, die in vielen masurischen Städten und Dörfern existieren, zu haben sind!

Der Pruski Przychiaciel Ludu möchte folglich, wie wir uns aus den oben angeführten Einzelheiten genau überzeugen können, fast vollständig den Masuren den Schatzkasten des heimischen Wissens und des heimischen Unterrichts verschließen. Der Geist hat jedoch seine eigenen Rechte und er läßt sich nicht so leicht unterjochen. Durch beständiges und konsequentes Einwirken kann man ihn zwar biegen, aber bei passender Gelegenheit wird er sich durch die Finsternis, die ihn umgibt, durcharbeiten und er wird nach Licht verlangen. So ist es und vielleicht wird es mit den Masuren auch so sein.

Der Masure ist, wie man es spaßhaft sagt, von Geburt aus blind, später aber, wenn er sehend wird, kann er sogar durch ein eichenes Brett sehen! Gegenwärtig ist er nicht mehr ganz blind, denn er sieht doch ein wenig. Er merkt namentlich, daß die geistige Nahrung, mit der ihn der Pruski Przychiaciel Ludu traktiert, nicht mehr ausreicht; daher sucht er andere, da er aber den richtigen Weg nicht kennt, so irrt er auf Abwegen herum. Weil er keinen geeigneten Führer hat, so hilft er sich wie er kann und greift oft, wie nicht anders zu erwarten ist, zum unrichtigen Mittel.

Auf diese Weise wurden gewisse „masurische“ Äußerungen hervorgerufen, die ein grelles Licht auf den geistigen Zustand dieses Volksstammes werfen, den die „Wohltäter“ von der Art des Pruski Przychiaciel Ludu vollständig von seinem nationalen Stamme abschneiden möchten.

In einer ungeheuren Anzahl von Exemplaren wird z. B. in Masuren „Der himmlische Brief mit der ewigen Wahrsagung des Wetters für jedes Jahr und dem goldenen ABC“ verbreitet, eine Broschüre von 19 Seiten und ebenfalls wie die anderen mit deutschen Lettern gedruckt. In der Einleitung dieses „himmlischen Briefes“ lesen wir, daß ihn der „Herrgott selbst vom Himmel gesandt habe, daß er mit goldenen Lettern geschrieben sei und daß man ihn auf dem Eichberge in Bethanien vor dem Altar des heiligen Erzengels Michael gefunden habe und daß kein Mensch vorher weder etwas von ihm gewußt habe noch von wo er hergekommen sei.“ Nach einer solchen Einleitung kann

man sich das übrige denken. Der Brief enthält auch verschiedene religiöse Gebote, nach denen sich die Menschen richten sollen. In diesen „heiligen Brief“ glauben die Masuren fest, und daher ist auch die Nachfrage nach dieser „Literatur“ so groß, daß oft sogar die auswärtigen Druckereien um Umdruck angegangen werden.

Zu dem „himmlischen Brief“, den wir bei der Hand haben, sind noch verschiedene andere nicht weniger charakteristische Elaborate hinzugefügt. Auf der fünften Seite befindet sich der „Haussegen“, ein Gebet, das wahrscheinlich zur Erklärung von Bildern, die „Haussegen“ genannt werden, dienen soll, deren Bedeutung der Masure nicht ganz begreift. Auf Seite 7—12 finden sich „Besprechungen, die zur Bannung verschiedener Krankheiten und böser Plagen“ dienen sollen, so bei Blutungen, schwerer Krankheit, Geschwüren, Schlangenhissen, bei Bissen tollwütiger Hunde, gegen böse Menschen u. d. m.

Alles, was oben angeführt wurde, ist voll von Aberglauben, Zauberei und Aberglauben. Eine große Rolle spielt bei dem „Besprechen“ das „Mütterchen Gottes“ und daraus geht hervor, daß in der Seele des evangelischen Masuren eine gewisse Empfindung steckt, die den Katholiken eigen ist, eine Empfindung, welche natürlich der Anschauung eines solchen Pruski Przhjacieli Gudu, der sich z. B. bei jeder Gelegenheit ziemlich geschmacklos über die Mutter Gottes von Czestochau ausdrückt, vollkommen widerspricht.

Der Schluß der Broschüre enthält die „ewige Wahrsagung für das ganze Jahr“, das „goldene ABC“, die „kritischen Tage“, die „Haustafel“.

Alles das beweist, daß die geistigen Bedürfnisse des Masuren nicht im geringsten gestellt sind. Er lechzt nach etwas mehr.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 130 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 4. November 1909:

Wählerversammlung in Groß-Kotorz.

Sonntag um 5 Uhr nachmittags fand in Groß-Kotorz eine Wählerversammlung für den Kreis Oppeln statt. Zu der Versammlung waren mehrere hundert Wähler aus näher gelegenen und entfernteren Dörfern, aus Oppeln und Umgegend erschienen. Außer dem Pfarrer Brandys aus Dziergowitz, dem Reichstagsabgeordneten für den Kreis Oppeln, nahmen an der Versammlung teil: Pfarrer Jankowski aus Groß-Kotorz, Pfarrer Wajda aus Keltich, Pfarrer Pogrzeba aus Lugniamy und Pfarrer Sauer aus Ellgut.

Die Presse war vertreten durch Redakteure oder Berichterstatter der Gazeta Opolska, der Nowiny Raciborskie, des Kurjer Slonski und des **Krakauer Glos Narodu**. An den Tischen neben dem Rednerpult hatte die Intelligenz aus Oppeln und Umgegend, darunter auch Damen, Platz genommen. Im Saale wohnte auch ein Kreis von Dorffrauen den Verhandlungen bei.

Als der Abgeordnete Pfarrer Brandys im Saale erschien, erscholl ein donnerndes dreifaches „Hoch“, das gleichsam schon die erste Kundgebung des unwandelbaren Vertrauens und der Verehrung war, die das Volk seinem Abgeordneten und dem Mitglied der polnischen Fraktion entgegenbringt.

Punkt 5 Uhr eröffnete der Verleger der Gazeta Opolska Bronislaus Koraszewski mit dem katholischen Grusse die Versammlung, indem er die so zahlreiche Versammlung, insbesondere die hochwürdige Geistlichkeit, die Vertreter der Presse, die Intelligenz und die

Damen herzlich willkommen hieß. Alsdann wies er auf die Wichtigkeit der Versammlung hin mit Rücksicht darauf, daß Pfarrer Brandys seinen parlamentarischen Bericht erstatten werde. Aus der Begeisterung, mit welcher das Volk seinen Vertreter im Reichstage begrüßt habe, und aus der regen und zahlreichen Beteiligung an der Versammlung erhelle, daß in den Herzen des Volkes die Liebe zur guten Sache vorhanden sei, und wo Liebe sei, dort sei Eintracht, wo Eintracht, dort Kraft, wo Kraft, dort Sieg, wie seinerzeit in einer Versammlung im Großherzogtum Posen ein hervorragender Patriot und Priester, der verstorbene Domherr Schauf, gesagt habe. Auch sie seien heute alle von Liebe zur Sache beseelt, auch sie wünschten Eintracht dem hier versammelten Volke und der Nation, denn in diesem Zeichen sei der Sieg. Die Leitung der Versammlung wurde dem allgemein verehrten und geachteten Pfarrer Pogrzeba aus Lugniamy einstimmig übertragen.

Indem Pfarrer Pogrzeba den Vorsitz übernahm, bemerkte er in einer humorvollen Ansprache, daß die Versammelten zu ihrem Vorsitzenden den jüngsten und kleinsten der Geistlichen ausersehen hätten, und doch sei die Aufgabe des Vorsitzenden dieses Mal nicht leicht, denn von ihrem Abgeordneten habe ein Blatt geschrieben, daß man ihn hier ausspeien werde. (Große Heiterkeit.) Darum wisse er nicht, was kommen und wie es ihm ergehen werde, aber trotzdem danke er für das Vertrauen und übernehme er den Vorsitz. Er bitte aber, daß man zu seiner Unterstützung einen Stellvertreter und andere Vorstandsmitglieder wähle.

Nachdem die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden Thaddäus Koraszewski, des Schriftführers St. Sphalski und von 4 Beisitzern vollzogen war, erteilte der Vorsitzende dem Pfarrer Brandys das Wort, der in langer, klarer und gut ausgearbeiteter Rede die bekannte Haltung der polnischen Fraktion im Reichstage bei den Verhandlungen und der Abstimmung über die Finanzreform darlegte.

Die Versammlung nahm die Rede mit dem Ausdruck vollster Anerkennung für den von unseren Abgeordneten und der ganzen polnischen Fraktion bei der Finanzreform eingenommenen Standpunkt entgegen. Der brausende Beifall, der sich am Schluß der Rede im Saale erhoben hatte, war ein beweiskräftiges Zeugnis davon.

Alsdann sprachen noch Pfarrer Jankowski und zwei Teilnehmer aus dem Volke, deren Liebe zur Muttersprache atmende und zur Aufklärung, Einigkeit und Eintracht anspornende Ansprachen unter der Versammelten eine große Begeisterung hervorriefen.

Pfarrer Jankowski wies vor allem die unbilligen Vorwürfe zurück, daß sich die polnische Fraktion und ein Teil unserer Volksgesamtheit dem Kommando des Zentrums unterworfen habe. Solche Vorwürfe seien unbegründet, denn man werde wie bisher, so auch in Zukunft die nationale Sonderstellung bewahren. Wahr dagegen sei, daß ihnen die Zentrumsparthei hinsichtlich des Bekenntnisses und mancher politischen Grundsätze unter den deutschen Parteien am nächsten stehe und gerade die Partei sei, mit der sie in Unterhandlungen treten könnten und müßten, wenn dies beiderseitige Vorteile biete und mit den politischen und sozialen Interessen der polnischen Volksgesamtheit vereinbar sei. Andere Parteien verführen doch, um nicht abgesondert und ohnmächtig dazustehen, ganz ebenso.

Nach dieser Ansprache machte Pfarrer Pogrzeba bekannt: das Kreiswahlkomitee habe beschlossen, der Versammlung eine Resolution vorzulegen, die Herr Br. Koraszewski vorlesen werde.

Die Resolution lautet:

„Die polnische Fraktion sehen wir als die von der polnischen Volksversammlung unter preußischem Szepter nach dem Willen des Volkes und durch das Volk gewählte höchste Vertreterschaft an.

Es ist also selbstverständlich, daß das Volk, seiner Bürgerpflicht sich bewußt und von dem Gefühl nationaler Würde beseelt, zu der eigenen von ihm selbst gewählten Vertreterschaft Vertrauen hat und sich dieses Vertrauen von niemandem rauben lassen wird.

Jedenfalls faßt die Wählerversammlung in Groß-Kotorz die Sache so auf und erklärt gegenüber ihrem Abgeordneten Pfarrer Brandys, daß er ebenso auf der Seite der Versammlung wie der polnischen Fraktion steht, von der man keinen Augenblick zweifeln kann, daß sie sich sowohl bei der Finanzreform, als auch bei allen ihren anderen Arbeiten ausschließlich von ihrem höchsten Ideal, welches das Wohl des Volkes und der ganzen polnischen Nation ist, leiten ließ und sich auch in Zukunft leiten lassen wird.“

Diese Resolution wurde auf die Frage des Herrn Koraszewski und des Pfarrers Pogrzeba, der noch einige erklärende Worte hinzufügte, einstimmig angenommen.

Am Schluß der Versammlung ergriff Herr Thaddäus Koraszewski als Delegierter des Volksbibliothekenvereins das Wort und ermunterte, sich aufzuklären und nicht nur polnische Zeitungen, sondern auch polnische Bücher zu lesen. In trefflichen Ausführungen legte Redner den schon in früheren Zeiten hohen Stand der polnischen Kultur dar, der Kultur, deren sich in reichlichem Maße andere Völker bedient hätten, wofür am deutlichsten die Tatsache Zeugnis ablege, daß die Polen es gar nicht nötig hätten, daß sich ihnen andere mit ihrer angeblich höheren Kultur aufdrängten und sich rühmten, sie mit ihrer Zivilisation „beglückt“ zu haben. Mögen sie den Polen nur das ihnen gebührende Recht, ihre Muttersprache und ihre nationalen Eigenheiten zu pflegen, nicht rauben, und sie würden sich ohne die fremden angeblichen Wohltaten begeben. Aber auch trotz der ihnen bereiteten Schwierigkeiten würden sie fertig werden, wenn nur jeder von ihnen in der Familie für vaterländische Aufklärung, namentlich aber dafür sorgen werde, daß sich die Kinder in der Muttersprache ausbilden. Der Weg zur Bildung sei ein gutes polnisches Buch. Darum möge sich dieses in jedem Hause, in jeder polnischen Familie befinden. Möchten die Anwesenden wenigstens einen geringen Beitrag für die Volksbüchereien beisteuern.

Nach dieser beifällig aufgenommenen Ansprache wurden für die Volksbüchereien durch eine Sammlung über 26 M. aufgebracht. Pfarrer Brandys ergriff noch einmal das Wort, dankte den Anwesenden für die zahlreiche Beteiligung und versicherte dem Volke, von dem er selbst abstamme und für das er stets aufrichtig kämpfen werde, seine Anhänglichkeit, worauf er ein dreifaches Hoch auf das Volk ausbrachte.

Mit dem katholischen Gruße schloß alsdann Pfarrer Pogrzeba diese schöne und erhebende Versammlung, die insbesondere auf die zahlreichen Gäste, die zum ersten Male in einer solchen Versammlung im Kreise Oppeln erschienen waren, den Eindruck einer erbauenden Manifestation hinterließ.

Besonderer Dank gebührt noch dem hochwürdigen Herrn Pfarrer Jankowski, der nicht nur keine Mühe gescheut hat, um einen Saal in seiner Pfarochie zur Abhaltung der Versammlung zu erlangen, wodurch er dem Volke einen großen Dienst erwies, sondern auch mit wahrer altpolnischer Gastfreundschaft die zahlreich zur Versammlung erschienenen Gäste bei sich empfing. Ehre und Lob sei ihm dafür.

* * *

Dem Kurjer Slonski zufolge hat Pfarrer Brandys in der Versammlung zu Groß-Kotorz u. a. ausgeführt: Nach drei Jahren, vor welchen er zum Abgeordneten gewählt worden sei, könne er heute das erste Mal zu seinen Wählern sprechen, denn verschiedene Schwierigkeiten hätten dies verhindert: der Sprachenparagraph und die Schwierigkeit, einen Versammlungsraum zu erlangen. Schuld daran, daß man keinen Versammlungsraum erhalten könne, seien die Polen selbst, weil sie überall einen Saal bekommen könnten, wenn sie verständen, sich darum zu kümmern. Die Gastwirte, die von den Polen lebten, müßten ihnen Säle zur Verfügung stellen, und wenn sie dies nicht tun wollten, müßten die Polen sie dazu zwingen, und zwar dadurch, daß sie deren Wirtschaften meiden wollten. Polen gebe es Millionen, und sie könnten die Gastwirte leicht zwingen, sich nach ihrem Willen und nicht nach dem der Regierung zu richten. Die Polen müßten danach streben, die Gastwirte von sich abhängig zu machen, während sie selbst von ihnen unabhängig sein müßten.

Aus Nr. 258 des Górnosłazak (Katowitz)
vom 10. November 1909:

Über eine Versöhnungspolitik

mancher polnischer Abgeordneten erscheinen von Zeit zu Zeit Artikel in verschiedenen polnischen Blättern. In letzter Zeit veröffentlichten solche Artikel der Kurjer Warszawski, die Nowa Reforma, der Kurjer Poznański, der Kurjer Slonski und der Lecz. In ihnen wurden als angebliche Anhänger der Versöhnungspolitik neben Dr. v. Dziembowski auch der Abgeordnete Napieralski genannt.

Da auch den Unterzeichneten verschiedene Blätter der Versöhnungspolitik verdächtigen, so spreche ich hierüber meine Ansicht aus.

Vor allem beanstande ich die Redensart: Versöhnungspolitik. Was ist dies, was ist unter diesem Wort zu verstehen? Keins der Blätter, die den Vorwurf der Versöhnungspolitik erheben, gibt sich Mühe, näher zu definieren, was es unter Versöhnungspolitik versteht. Es wird davon so geschrieben, als ob jeder Mensch aus der Volksversammlung das Wesen und die Merkmale dieser Politik kenne. Keiner der Angreifer hat sich auch bemüht, in dem Verhalten der Mehrheit der polnischen Fraktion bei der Finanzreform und in dem Verhalten der beiden genannten Abgeordneten beweiskräftig darzutun, in welchen Worten und Taten der Fraktion oder dieser Abgeordneten sich die einzelnen Merkmale der Versöhnungspolitik kundtun.

In Anbetracht dieser Sachlage vermögen die Abhandlungen in den Zeitungen über die angebliche Versöhnungspolitik der Fraktion oder jener Abgeordneten zu keinem Ergebnis zu führen, das eine wesentliche Bedeutung für die Volksversammlung haben könnte.

Darum erlaube ich mir, die betreffenden Blätter aufzufordern, sie möchten alles das definieren, wovon ich im Vorstehenden schreibe und so eine sachliche Grundlage für die öffentliche Diskussion schaffen.

Wie ich über die Versöhnungspolitik, und zwar hinsichtlich des Verhaltens der Fraktion bei der Finanzreform denke, das habe ich öffentlich in meinem in den Katolik-Blättern veröffentlichten Bericht dargelegt.

(Es folgt der betreffende Abschnitt. Cfr. den Abschnitt im Gesamtüberblick Nr. 43, Seite 1140: „Für welche Steuern haben die polnischen Abgeordneten gestimmt?“)

Als ich diese meine Anschauung veröffentlichte, nahm ich an, daß meine politischen Gegner gerade

diesen Abschnitt meines Berichts einer besonderen Kritik unterziehen werden. Ist es doch immerhin interessant, eine offene Meinung über eine so interessante Sache, wie die Veröhnungspolitik, seitens eines Politikers zu vernehmen, der einer solchen Politik verdächtig wird. Indes hat keins der Blätter, die mich so oft angreifen, diesen Abschnitt berührt. Vielleicht ist er in den Redaktionen, die jetzt über mich ein Urteil fällen, überhaupt nicht gelesen worden. Der Kurjer Poznański z. B., der den Bericht gelesen hat, hob den Abschnitt von den „gläubigen Protestanten und Katholiken“ heraus, einen Abschnitt von untergeordneter Bedeutung, den ich als letzten der Beweisgründe angeführt habe, um diese Beweisgründe zur Erklärung des Standpunkts der Fraktion bei der Finanzreform möglichst erschöpfend anzuführen. Andere Blätter haben im Anschluß an diesen Abschnitt lange Artikel über meine angebliche Veröhnungspolitik geschrieben.

Das alles ist bezeichnend für unsere Verhältnisse und beweist insbesondere, wie bei uns die sogenannte öffentliche Meinung entsteht.

Alle versichern wir, daß es jedem von uns um das Wohl der polnischen Sache zu tun ist, daß es jedem um die Sache und nicht um nebenächliche persönliche oder Parteiinteressen zu tun ist. Daran zweifle ich niemandem gegenüber, aber in einem solchen Falle ist die Methode unserer öffentlichen Diskussion fehlerhaft, denn diese Diskussion weicht im allgemeinen von der Sache ab und wendet sich persönlicher oder parteilicher Selbstsucht zu. Sie läßt leicht sachliche Gesichtspunkte außer acht und wird zu einem unangenehmen Streit, anstatt eine sachliche Verhandlung zu bleiben, die nur und absolut der öffentlichen Sache dient und dienen soll.

Adam Napieralski.

Aus Nr. 133 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 11. November 1909:

Forderungen der Hakatisten.

Aus Krascheow im Kreise Oppeln wird uns geschrieben:

Seiner Zeit berichtete die Gazeta Opolska, daß auf Verlangen verschiedener Hakatisten aus Malapane-Hütte das protestantische Ober-Bergamt in Breslau von dem Herrn Bischof deutsche Andachten für seine (zur Parochie Krascheow gehörigen) Arbeiter und Beamten gefordert habe, weil sie nicht polnisch verstünden und nach Szczydrzyk zu deutschen Andachten gehen müßten, aber das wäre zu weit. Alle hiesigen Parochianen wissen sehr wohl, daß diejenigen Beamten aus Malapane-Hütte, welche polnisch nicht verstehen, Protestanten sind. Und was geht das protestantische Ober-Bergamt eine katholische Angelegenheit an? Die unteren Beamten verstehen die polnische Sprache und alle Arbeiter sind Polen, denn unsere Parochie ist ebenso polnisch wie die Parochie Szczydrzyk, wiewohl in Szczydrzyk die Germanisation blüht. Die Hakatisten haben gegen unsern Herrn Pfarrer Senft schon zwei Anzeigen bei dem Herrn Bischof erstattet. Auf die zweite Anzeige erhielt der Herr Pfarrer die bischöfliche Verfügung, daß er jeden ersten Sonntag im Monat nach der polnischen Andacht eine deutsche Predigt zu halten habe. Unser Herr Pfarrer fügte sich dem, hielt Predigten und quälte sich über seine Kräfte, aber für wen? Er sprach zu den leeren Wänden, kein Hakatist kam zur Predigt.

Da wurde der Herr Pfarrer vor einigen Tagen wieder zu dem Herrn Erzpriester Kirchnawy nach Groß-Stanisich berufen, der ihm eine dem bischöflichen Amt übersandte Anzeige vorwies, die das Ober-Bergamt

auf Verlangen der Hakatisten aus Malapane erstattete, und zwar forderten sie die ganze Andacht in deutscher Sprache und einen anderen Geistlichen, sie müßten sehr lange warten, bis die Leute den Englischen Gruß zu Ende singen und unser Herr Pfarrer habe nur dann eine deutsche Predigt, wenn in Szczydrzyk deutsche Andacht sei, damit sich die Deutschen nicht verteilen können usw.

Dem Herrn Bischof wurde auch angezeigt, unser Herr Pfarrer habe hier polnische Zeitungen eingeführt, die Polen aber lachten, wenn sie die Zeitungen unter sich verteilten, die Hakatisten aus, sobald diese die Kirche verließen.

Daß es den Hakatisten aus Malapane, von denen hier die Rede ist, um gar keine Andacht, weder um die polnische noch um die deutsche zu tun ist, das weiß wohl unser Herr Pfarrer sehr gut; es handelt sich ihnen nur darum, daß die Germanisation in unserer Kirche nicht blüht, sie möchten sie aber hier einführen und unsern Herrn Pfarrer vertreiben. Unser Herr Pfarrer entstammt einer deutschen Familie, er hält aber an den Grundsätzen der römisch-katholischen Kirche fest und ist der Meinung, daß die katholische Kirche kein Beamtenhaus und er auch kein Beamter ist. Unser Herr Pfarrer liebt alle Parochianen gleich, die polnischen wie die deutschen. Sehr gut wissen dies auch die deutschen Katholiken unserer Parochie, deren Zahl sehr groß ist, nämlich acht, und diese sind auch mit den Andachten, die hier abgehalten werden, sehr zufrieden. Unsere Parochie ist rein polnisch.

Eine dritte Anzeige der Hakatisten bei dem Herrn Bischof hatte folgenden Erfolg. Verfloffenen Freitag erhielt unser Herr Pfarrer die bischöfliche Verfügung, daß im Jahre zwölf deutsche Andachten mit deutschem Gesang und außerdem noch eben solche Andachten stets am zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag stattzufinden hätten. Für uns Parochianen ist es sehr traurig, daß die Hakatisten und das protestantische Ober-Bergamt in der Kirche die katholischen Andachten leiten wollen. Offenbar haben sie infolge irgend eines Mißverständnisses bei der geistlichen Behörde Gehör erlangt.

Die religiösen Bedürfnisse seiner Parochianen kennt doch am besten der Ortspfarrer und nicht die Hakatisten. Das schmerzt unsern Herrn Pfarrer, denn wir zweifeln, daß sich in unserer Parochie auch nur 200 Parochianen befinden, die eine deutsche Predigt gut verstehen, die Parochie zählt aber beinahe 5000 Seelen. Die schwere und eifrige Arbeit unsers Herrn Pfarrers wird umsonst sein.

Die Denunziationen werden angeblich unsere Abgeordneten in Berlin vorbringen, denn der Herr Abgeordnete Pfarrer Wajda ließ sie sich vom Herrn Erzpriester geben.

Alle die Unannehmlichkeiten haben wir dem Herrn Pfarrer Kulig zu verdanken, der in Szczydrzyk die Germanisation eingeführt hat. Die Parochianen von Krascheow werden ihm und den Hakatisten aus Malapane für diese Förderung der Germanisation in der Kirche dankbar sein.

Aus Nr. 268 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 10. November 1909:

Für die germanisierenden Geistlichen.

Aus Domb. Schwer war unser Kampf während des Kulturkampfes, aber mit Gottes Hilfe haben wir gesiegt. Warum ist uns der Sieg gelungen? Nach meiner Überzeugung deshalb, weil wir eine kräftige Unterstützung seitens unserer Geistlichkeit hatten; die

Geistlichkeit stand damals einer Mauer gleich auf unserer Seite, und in ganz Oberschlesien waren etwa 7 Geistliche, die sich auf die Seite der Regierung gestellt hatten. Aber heute haben sich die Zeiten geändert! Wenn der eiserne Kanzler damals die Freunde gehabt hätte, die er nach seinem Tode in Oberschlesien hat, so wäre der Kampf mit dem Polentum und der katholischen Kirche für ihn eine Spielerei gewesen. Während des Kulturkampfes standen wir vielleicht nicht auf einem so starken nationalen Standpunkt wie heute, die Volksaufklärung stand nicht so hoch, denn wir hatten nur ein einziges polnisches Blatt, und auf die einzelnen Gemeinden entfielen etwa 2 bis 4 Exemplare dieses Blattes, die Zahl der Kirchen war auch sehr klein, ich z. B. hatte zwei Meilen Weges bis zur nächsten Kirche. Und dennoch siegen wir, denn auf unserer Seite stand unsere Geistlichkeit. Wenn jetzt ein Kulturkampf von neuem ausbräche, müßten wir, des bin ich sicher, mit Schande unserer Würde als Polen und Katholiken entsagen, der Würde, die wir vordem unter so großen Mühen erkämpft haben, denn jene mutigen Geistlichen, die damals auf unserer Seite kämpften, leben nicht mehr. Das Volk, welches nach dem Kulturkampf mit unerhörter Begeisterung der Aufklärungsarbeit zustrebte, indem es unter ungeheuren Opfern zahlreiche und herrliche Gotteshäuser errichtete, hat heute unter den Geistlichen nicht so herzliche Freunde, wie während des Kulturkampfes; denn viele Geistliche sind in den Dienst der Regierung getreten, der Regierung, mit der ihre Vorgänger kämpfen mußten. Anstatt sich offen auf die Seite des Volkes zu stellen, das durch beispiellose Treue und Anhänglichkeit seine Dankbarkeit für seine edlen Verteidiger bewiesen hat, indem es alle die katholischen Gotteshäuser errichtete, die wir jetzt fast in jeder Gemeinde haben; die Geistlichen verderben jetzt selbst die Harmonie und Liebe, die früher zwischen Volk und Geistlichkeit herrschte, und sie leisten der Regierung als Germanisatoren freiwillig ihre Dienste. Das ist eine traurige Wahrheit, und die Folge hiervon ist eine immer größere Abneigung des polnischen Volkes gegen manche seiner Geistlichen. Möchten sie doch einmal in sich gehen und erkennen, daß sie durch ein solches Verhalten die Liebe der ihnen anvertrauten Schäflein nicht gewinnen werden. Wir haben zwar noch Geistliche, die unserer Liebe wert sind, Geistliche die gemeinsam mit dem Volke arbeiten, aber dieser sind sehr wenige . . .

Aus Nr. 132 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 8. November 1909:

Aus dem Industriebezirk.

Auf einer Bahnstation wurde von der vorgelegten Behörde den Bahnunterbeamten empfohlen, ihre Kinder zum Vorbereitungsunterricht nach der Stadt und nicht zum Ortspfarrer auf das Land zu schicken. Es wurde Freifahrt zugesagt. Die betreffenden Mütter bedankten sich für die ihnen angebotene Vergünstigung, indem sie darauf hinwiesen, daß der Ortspfarrer bisher alljährlich auch deutschen Unterricht erteilt und schon mehrere Male erklärt habe, er werde dies stets tun, selbst wenn nur ein deutsches Kind da wäre. Diese Beamten haben richtig gehandelt.

Es verlohnt sich indes zu erwägen, mit welchem Recht sich weltliche Vorgesetzte in seelsorgliche Angelegenheiten mischen! Erfreuen sich denn überdies der gleichen Fürsorge in religiösen Dingen diejenigen Beamten und ihre Kinder, die „im Interesse des

Dienstes“ in ganz fremde Gegenden versetzt worden sind, wo manchmal in einem Umkreis von mehreren Meilen keine katholische Kirche vorhanden ist?! — (Nähere Auskunft über Namen und Ortschaft für uns kompetente Personen auf Wunsch zu erteilen sind wir bereit. — Die Red.)

Aus Nr. 254 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 5. November 1909:

Aus Neu-Schndorf bei Königshütte.

Seit kurzer Zeit besteht hier der Gesangverein Slowiczek (Nachtigall). Die hiesige Polizei läßt ihm ihre besondere „Fürsorge“ zukommen. Als nämlich der Verein versloßenen Donnerstag eine Gesangstunde abhielt, wurden bei ihrem Schluß in der Nähe des Hauses, in welchem sich das Vereinslokal befindet, mehrere Polizisten bemerkt. Ob sie sich die Sicherheit der Sänger oder eine andere Sicherheit angelegen sein ließen, ist nicht bekannt. Als sich die letzten Sänger nach Hause begaben, forderte einer der Polizisten ein Vereinsmitglied auf, stehen zu bleiben. Dann fragte er es nach seinem Namen sowie danach, wer noch weiter Vereinsmitglied sei, wobei er die betreffende Person fortwährend am Armel festhielt. Kurz darauf näherten sich noch zwei andere Polizisten, und der Sänger wurde bis zur Polizeiwache in der Kollmannstraße geführt. Sie schlossen hinter sich die Tür und untersuchten den Sänger, wobei sie ihm Gesangbuch und Noten abnahmen. Sie hießen ihn polnische Lieder aus dem Gesangbuch singen, er weigerte sich aber. Sie fragten ihn nach seinem, des Vereinsvorsitzenden und der anderen Mitglieder Namen. Seinen und des Vorsitzenden Namen nannte er; als er aber die Namen der Mitglieder nicht nennen wollte, drohte man ihm mit der Verhaftung. Dann lachte man die Mitglieder aus, daß sie in einem Kuhstall zusammentämen. Es sei bemerkt, daß der Verein in Ermangelung eines anderen Lokals eine frühere Fleischerwerkstatt mietete, wo er zusammen mit dem Verein „Jedność“ (Einigkeit) seine Versammlungen und Gesangstunden abhält. Die Polizisten fragten den Sänger mehrere Male nach seinem Namen.

Das sind schöne Zustände, wenn die hiesigen Bürger auf der Straße ihrer Freiheit nicht mehr sicher sind und wenn ein ruhig seines Weges gehender Mensch von der Straße zur Polizeiwache geführt und dort über eine Stunde festgehalten wird. Wenn noch einmal einer der Herren Polizisten etwas über den Verein erfahren will, so rate ich ihm, sich an den Herrn Amtsvorsteher zu wenden, der ihm jede Auskunft erteilen wird, da er die Satzungen und Namen der Vorstandsmitglieder besitzt, denn der Verein ist polizeilich angemeldet. Übrigens wurde die ganze Angelegenheit Herrn Dr. Krzyżankiewicz aus Königshütte übergeben, der weitere Schritte veranlassen wird.

Die geehrten Landsleute, besonders aber die Jugend, bitten wir, sich durch dieses Vorgehen der Polizei nicht abschrecken zu lassen, denn einem jeden ist es erlaubt, jedem beliebigen Verein anzugehören. Tretet darum dem Gesangverein möglichst zahlreich bei, denn dort kann man sich die Zeit am besten vertreiben, indem schöne kirchliche und weltliche Lieder gesungen werden.

Im letzten Augenblick erfahren wir, daß jener Sänger Gesangbuch und Noten zurückhielt und der Polizist, der sie ihm brachte, sagte, daß die Sache nicht sofort Dr. Krzyżankiewicz übergeben zu werden brauche, denn die ganze Sache sei nicht so schlimm gewesen.

Aus dem Innern und dem Besten Deutschlands.

Aus Nr. 249 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 30. Oktober 1909:

Ein lobenswertes Beispiel.

Herr Valentin Grzeźkiewicz aus Osterfeld, Mitglied der polnischen Berufsvereinigung, verheiratete sich seiner Zeit mit einer bereits verdeutschten Tochter polnischer Eltern. Da er es doch nicht über das Herz bringen konnte, mit seiner Frau und Kindern deutsch zu sprechen, so sandte er seine Frau mit den Kindern auf zwei Jahre nach Polen. Er besuchte sie in dieser Zeit wiederholt und nahm sie erst dann wieder in die Fremde mit, als sie ihre Muttersprache wiederbeherrschte. In Anbetracht des Schwindens der polnischen Sprache unter den dauernd in der Fremde wohnenden Kindern unserer Landsleute verdient dieses klare Beispiel eines polnischen Bergmannes allgemeine Anerkennung.

Aus Nr. 251 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 31. Oktober 1909:

In Sachen des St.-Josaphatfonds

wird uns folgendes geschrieben:

Vor einigen Tagen hat ein Korrespondent aus Gelsenkirchen im „Wiarus Polski“ darüber Klage geführt, daß in letzter Zeit die Sache des St. Josaphatfonds immer mehr in Vergessenheit geräte. Dasselbe hat auch der Schreiber dieser Zeilen bemerkt und schmerzlich bedauert, er hat nach den Ursachen geforscht, die eine solche Gleichgültigkeit gegenüber einer so wichtigen und segensreichen Einrichtung, wie der St.-Josaphat zur Ausbildung der Jugend in der Fremde ist, herbeigeführt haben und er ist zu folgender Meinung gelangt:

Meiner Meinung nach müßten die Spenden für den St.-Josaphatfonds öfters und regelmäßig, mindestens einmal in der Woche bekanntgemacht werden. Der Josaphatfonds würde gewiß nicht so in Vergessenheit geraten, wenn die Leser des „Wiarus Polski“ allwöchentlich, wenn auch nur durch die Quittungsleistung im „Wiarus Polski“, auf den St.-Josaphatfonds aufmerksam gemacht würden, was gleichzeitig ein Ansporn für sie wäre, bei Kindtaufen, Hochzeiten oder bei sonstiger Gelegenheit, wenn sich Landsleute in größerer Anzahl versammeln, für den St.-Josaphatfonds zu sammeln. Ebenso wie jemand seinen besten Freund vergißt, wenn er längere Zeit von ihm nichts hört, so vergißt man auch den St.-Josaphatfonds und jede andere Sache, wenn nicht immer wieder an sie erinnert wird. Die Menschen sind einmal so von Natur veranlagt und damit muß man auch rechnen.

Die Vorstandsmitglieder müßten für die Sache des St.-Josaphatfonds insbesondere in den Vereinen ihrer nächsten Umgegend agitieren, um in dieser Weise das Interesse für den St.-Josaphatfonds in immer breiteren Kreisen der Emigranten zu wecken und zu erhalten. Sie müßten darauf achten, daß bei jeder sich darbietenden Gelegenheit, wie z. B. bei Kindtaufen, Hochzeiten usw. Sammlungen für den St.-Josaphatfonds abgehalten würden. Sie müßten auch dafür sorgen, daß der St.-Josaphatfonds mehr ständige Mitglieder hätte. Hierbei bemerke ich, daß satzungsgemäß ein jedes Mitglied 2 Mark jährlich, gleich 50 Pf. vierteljährlich, Beitrag zu zahlen hat. Mitglieder können auch alle diejenigen Landsleute werden, die selbst oder

für andere mindestens 5 Mark jährlich zur Kasse abführen.

Schließlich wende ich mich an die Herren Vorsitzenden polnischer Vereine in der Fremde um Unterstützung der Angelegenheiten des St. Josaphatfonds. Meines Erachtens müßten es die Herren Vereinsvorsitzenden als ihre Ehrenpflicht betrachten, ebenfalls in den Vereinen für eine so wichtige Sache für die arme, in der Fremde lernende Jugend tätig zu sein. Einige Vereine zeichnen sich in dieser Hinsicht bereits durch große Opferwilligkeit aus. Ich erinnere die Herren Vorsitzenden, daß nach den Satzungen des Vereins für Unterrichtshilfe unter dem Schutz des St. Josaphat die Repräsentanten derjenigen Vereine, die mindestens 10 Mark aus Vereinsmitteln an den Josaphatfonds abführen, Mitglieder des St. Josaphat werden. Ein jeder polnischer Verein in der Fremde müßte einen solchen Vertreter in dem Verein für Unterrichtshilfe haben.

Zum Schluß meiner Betrachtungen ersuche ich alle eifrigen Landsleute in der Fremde, die Sache des St. Josaphat nach Kräften zu unterstützen. Bei dem gegenwärtigen schlechten Verdienst verlange ich von den einzelnen Landsleuten keine großen Opfer, sondern nur eine Kleinigkeit von jedem. Sammeln wir fleißig Korn zu Korn, bis das Maß voll ist. So ein volles Maß ist uns nötig, denn in kurzer Zeit sind an 1000 Mark Unterstützung auszusahlen und in der Kasse ist bis jetzt nicht viel.

Raffen wir uns daher noch im letzten Augenblick zu eifriger Arbeit auf für diese edle Sache, und der St. Josaphatfonds wird sich wieder erhöhen und gewiß nicht fallen.

Möge jeder in seinem Kreise tun, was er kann, und Gottes Hilfe wird gewiß nicht ausbleiben.

Ein Mitglied des St. Josaphat.

Aus Nr. 255 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 6. November 1909:

Ein neuer Söfolverein in Langenbochum-Westerholt.

In dem Orte Langenbochum-Westerholt wurde ein neuer „Söfolverein“ gegründet. Der Sitz des Vereins ist in Westerholt. Dem Verein sind sofort 18 Personen als Mitglieder beigetreten. Der Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern: Franz Piotrowski als Vorsitzender, Valentin Krzyżaniak als Schriftführer, Johann Krzyżaniak als Kassierer und Stanislaus Dominia als Turnwart. Die Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat im Saale des Herrn Rothmann nachmittags um 4 Uhr statt.

Aus Nr. 256 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 7. November 1909:

Ein neuer Verein in der Fremde.

Am Sonntag, den 31. Oktober, wurde in dem Orte Brühl am Rhein ein neuer Verein „Zgoda“ (Eintracht) unter dem Schutz der Mutter Gottes von Egenstochau gegründet. Als Mitglieder sind dem Verein 8 Personen beigetreten. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 7. d. M., im Saale des Herrn Krausmann, unweit der Kirche, nachmittags um 4 Uhr statt, zu welcher wir die Landsleute aus Brühl und Umgegend herzlich einladen.

In den Vorstand wurden gewählt: Andreas Oskoniowski zum Vorsitzenden; Stanislaus Kores, Schriftführer; Anton Szymczak, Kassierer; Josef Wrobel, Bibliothekar und Johann Tuska zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Aus Nr. 15 des Narodowiec (Herne)
vom 4. November 1909:

Die Generalversammlung des Polenbundes.

Am vergangene Sonntag fand im Saale des „Hotels zum Römer“ in Bochum eine Generalversammlung des Polenbundes statt, zu welcher nur der Vorstand und der Aufsichtsrat des Hauptvorstandes, sowie eingeladene Vorstände, Vertrauenspersonen und Abteilungsdelegierte des Polenbundes Zutritt hatten.

Zunächst wurde der Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorstandes des Polenbundes in Sachen der Vereinigung des Polenbundes mit dem Strachverein in Polen entgegengenommen.

Aus den verlesenen Briefen erfuhren die Versammelten, daß der Vorstand des Strachvereins dem Polenbunde rät, noch ein Jahr hindurch selbständig, jedoch nach den Satzungen des Strachvereins, zu arbeiten.

Da aus der verlesenen Korrespondenz und aus den erteilten privaten Informationen hervorging, daß der Vorstand des Strachvereins es mit der Zusammenschließung gar nicht so eilig hat, dem Polenbund aber durchaus ein neuer Geist nötig ist, so wurde beschlossen, daß der Polenbund weiter bestehen bleibt und nach seinen Satzungen arbeiten soll. Nur die Ortsabteilungen haben Satzungen, die nach dem Muster der Abteilungen des Strachvereins aufgestellt sind.

Herr Ignaz Zniński legte sein Amt als Vorsitzender des Polenbundes nieder, daselbe tat auch der bisherige Schriftführer, Herr Sibilski.

Die Versammelten beschlossen eine Resolution, in welcher die in der Fremde erscheinenden Blätter Wiarus Polski und Narodowice, sowie die Blätter in der Heimat aufgefordert werden, gegenwärtig den Polenbund zu unterstützen.

Durch die Resolution werden die Wahlvereine und die Vereine „Oswiata“ (Aufklärung) aufgefordert, sich dem Polenbunde anzuschließen und ihre Aufgaben wie bisher als Abteilungen des Polenbundes, dieser ältesten polnisch-politischen Organisation in der Fremde zu erfüllen.

Zum ersten Vorsitzenden des Polenbundes wurde Herr Stanislaus Kunz, früher in Bochum, gegenwärtig in Herne, zum zweiten Vorsitzenden der Abteilungsversitzende des Polenbundes in Herne, Herr Marcinia, und zum dritten Vorsitzenden Herr Kochanowski aus Bruckhausen gewählt. Zum Schriftführer wurde Herr Michael Kwiakowski aus Herne, zum Stellvertreter Herr Berezynski, zum Kassierer Herr Banajzak aus Gelsenkirchen-Lückendorf und zum Stellvertreter Herr Smekiala aus Marxloh gewählt.

Im Interesse der Wiederauflebung des Polenbundes im Geiste der Eintracht und Einigkeit, wurden einstimmig in den Aufsichtsrat die Herren der Abgeordneter Johann Brejski sowie Anton Brejski, obwohl sie abwesend waren, gewählt; weiter die Herren Kasperaki aus Bruch, Jakubowski aus Essen, Rogal aus Wanne, J. Pantowski und Kędzierski aus Herne, Sibilski aus Bochum, B. Wilkowski aus Rothhausen, Nowacki und Walendowski aus Caterberg.

Wir haben die Hoffnung, daß gegenwärtig durch die Unterstützung aller nationalen Elemente der Polen-

bund in der Fremde, zu einem neuen Leben berufen sein und das werden wird, was er sein mußte, d. h. der Mittelpunkt und die Organisation des ganzen politischen Lebens der Polen in der Fremde.

Aus Nr. 20 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 1. November 1909:

Religion und Nationalität.

Diese beiden Ausdrücke sind uns wunderbar ans Herz gewachsen, sie sind das Ideal unseres ganzen Lebens, sie sind etwas, das wir mehr lieb gewonnen haben, als das Leben selbst. Für die Religion, für den Glauben ist schon so viel polnisches Blut vergossen worden, in Verteidigung des Glaubens ist nicht nur Polen, sondern ganz Europa mit den Gebeinen unserer Väter, die überall, wo es notwendig war, in Verteidigung des Kreuzes, dieses sichtbaren Siegeszeichens, zur Stelle waren, bedeckt. Haben denn aber unsere Väter nur für den Glauben ihr Blut vergossen? O nein! Es waren noch andere Ideale, für welche das Rittertum mit dem Piede auf den Lippen zum blutigen Kampfe zog. Diese Ideale, das sind die Familienstätten, die heimatlichen Wälder und Fluren, die Sprache unserer Väter und Urväter. Ebenso wie für den Glauben, ist auch für diese Ideale auf der ganzen Welt Blut vergossen worden. So war es früher! Heute hat sich in dieser Beziehung vieles geändert. Wenn man heute „für den Glauben“ eintreten sollte, dann dürfte man gewiß sein, daß ganz Polen aus dem Traume erwachen würde; anders aber ist es, wenn es sich um das Land und um die Muttersprache handelt. In dieser Beziehung gibt es immer weniger Kämpfer, die Aufforderungen finden immer weniger Widerhall, immer mehr Stille umgarnt uns, es macht sich der Mangel des Gefühls für die Verteidigung dieser für uns so heiligen Ideale geltend. Insbesondere in der Fremde kann man auf diesem Gebiete traurige Beobachtungen machen.

Wie oft wird zum Beispiel unseren Landleuten erklärt, daß der „Katholik“ nicht gleichbedeutend sei mit dem Polen, daß z. B. der Deutsch-Katholik nicht zu unseren Landsleuten gehöre, daß er nicht Pole sei, obgleich er denselben Glauben habe, den wir haben. Auf die Frage, wie die Eltern ihre Kinder erziehen, bekommt man manchmal zu hören, daß alle Kinder polnisch seien, daß sie in der polnischen Kirche getauft worden seien, nur — daß nicht ein Kind polnisch könne, obgleich Vater und Mutter nicht ein Wort deutsch verstehen. Manchmal wird noch hinzugefügt, daß die Kinder zu den heiligen Sakramenten von dem Geistlichen in polnischer Sprache vorbereitet würden, — der aber nur deutsch spricht.

In einem gewissen Orte passierte dem Schreiber dieser Worte folgendes: Es findet ein Vergnügen eines gewissen Vereins statt. Man hatte dazu verschiedene Delegierte eingeladen, auch solche deutscher Vereine, natürlich deshalb, weil sie denselben „polnischen“ Glauben haben wie wir. Am interessantesten aber war es für mich, daß ein „polnischer“ Geistlicher kommen sollte; in dieser Gegend wahrlich etwas Seltenes. Ein Geistlicher kam auch; aber wie groß war meine Verwunderung, als dieser Geistliche eine deutsche Rede hielt, in der er des polnischen Vergnügens nicht mit einem Worte gedachte; er lobte nur die Eintracht, die unter seinen Parochianen herrscht; insbesondere gefiel ihm das Band an der Fahne (mit einer Aufschrift und einem polnischen Patron), auf dem eine deutsche Aufschrift angebracht war. Solcher Fälle und Vorkommnisse gibt es in der Fremde sehr viele. Es handelt sich

doch aber hier um polnische Vereine, an deren Spitze aufgeklärte Personen stehen. Was soll man da wohl erst von den vielen Tausenden unseres Volkes sagen, die gar kein nationales Selbstbewußtsein besitzen!

Unsere Pflicht ist es, in Verteidigung des heiligen Glaubens aufzutreten; ebenso groß aber ist die Pflicht, unsere Nationalität bis zum äußersten zu verteidigen. Das eine wie das andere ist uns von Gott gegeben, für beides werden wir vor Gott Rechenschaft ablegen müssen. Nicht deshalb hat Gott verschiedene Völker geschaffen, daß sie sich in ein Volk verschmelzen sollten, sondern deshalb, damit jedes Volk zur Ehre und zum Ruhme Gottes arbeitete. Nicht umsonst hat Christus zu seinen Aposteln gesagt: „Gehet hin und lehret alle Völker!“ Er wollte damit sagen, daß Völker bestehen und daß sie weiter bestehen sollen. Er, der Gott-Mensch selbst, liebte sein irdisches Vaterland, denn als er den Verfall Jerusalems, der Hauptstadt seines Vaterlandes vorausgesehen hatte, rief er mit Wehmut: „Jerusalem, o du mein armes Jerusalem!“

Und wir — lieben wir denn auch so innig unsere Erde, unsere Sprache, unsere Sitten und nationalen Traditionen? Weinen könnte man manchmal, wenn man das alles sieht, was um uns her passiert. Wie viele unserer Landsleute gehen gutwillig in den Rachen des Germanismus, sie schämen sich unserer schönen polnischen Sprache, in der so viele unserer großen Poeten wieder geschrieben haben; wie viele vergessen unserer teuren Erde, von der einer unserer Dichter sagt:

„Du meine Erde! Was liegt so heiliges in dir,
Daß dich das Auge sucht, der Gedanke nach dir trachtet,
Die Brust nach deinem Atem und der Leib nach
deinem Brote schmachtet!“

Oder was ist schöner als die Worte unseres Mickiewicz:

„Litauen, du mein Vaterland!
Du bist wie die Gesundheit!“

O, wollten wir doch alle diese Worte tief in unsere Herzen schreiben! Wenn wir stets daran denken wollten, daß uns Gott zu Polen gemacht hat. Er will es nicht haben, daß wir etwas anderes würden. Wenn wir stets um die polnische Erziehung unserer Jugend bemüht wären — und das ist nicht schwer, nur muß man damit zeitig beginnen. Und denken wir vor allem daran, daß ein guter Katholik nicht gleichbedeutend ist mit einem guten Polen. Selbst der katholische Geistliche ist nicht immer unser Freund, auch er widmet manchmal seine Arbeit germanisatorischen Zwecken, und wenn in Polen manchmal für sieben Deutsche deutsche Gottesdienste und Predigten stattfinden müssen, so geschieht solches in der Fremde nicht einmal für siebentausend Polen. Denken wir also daran, daß die Religion etwas anderes ist als die Nationalität. Das eine wie das andere muß verteidigt und bewahrt werden; das ist Pflicht eines jeden Polen in der Fremde.

Aus Nr. 17 des Narodowiec (Herne)
vom 9. November 1909:

Die Stadtverordnetenwahlen in Recklinghausen und Recklinghausen-Süd.

Am Donnerstag, den 11. November und am Freitag, den 12. November, finden bei uns die Stadtverordnetenwahlen in der 3. Klasse statt. Bei den letzten Wahlen haben wir den anderen Parteien gezeigt, daß die Polen stark sind und daß man mit ihnen rechnen muß. In diesem Jahre werden gewählt: ein Kandidat aus Recklinghausen-Süd und zwei aus Recklinghausen. Weil wir unseren eigenen Kandidaten selbst nicht durch-

bringen könnten, denn die deutschen Stimmen der alten Stadt Recklinghausen fallen zu sehr ins Gewicht, und weil sich die Zentrumsleute mit der Durchbringung und Unterstützung unseres Kandidaten aus Recklinghausen-Süd einverstanden erklärt haben, so haben wir als Gegenleistung dafür versprochen, zwei Zentrumskandidaten zu unterstützen, die auf die alte Stadt entfallen. Es wird für alle Kandidaten zugleich gestimmt, wir Polen stimmen für unseren Kandidaten, den Bergmann Stanislaus Grabowski, und ferner für den Rechtsanwalt Franz Richter und für den Gerichtsfekretär Emil Riggemeyer. Die Zentrumsleute haben unsere Selbständigkeit in vollem Umfang anerkannt, sie haben uns das zuerkannt, was uns zusteht, deshalb fordern wir die Landsleute auch auf, für die drei Kandidaten zu stimmen.

Der Vorstand des Vereins „Światła“ in Recklinghausen-Süd.

Aus Nr. 17 des Narodowiec (Herne)
vom 9. November 1909:

Aus Recklinghausen-Süd wird uns geschrieben: Die Firma Johann Kwiattkowski in Recklinghausen-Süd und Gelsenkirchen ist gestern in eine Genossenschaft m. b. H. umgewandelt worden. Es wurden Anteile für 106 000 M. angemeldet. Nach Streichung etlicher Anteile wurde das Anlagekapital auf rund 100 000 M. festgesetzt.

Zum Direktor wurde Herr Johann Kwiattkowski, und zwar auf 5 Jahre, gewählt. Dem Aufsichtsrate gehören an die Herren Franz Niedzielski aus Gelsenkirchen als Vorsitzender, Teodor Landowski aus Bochum als stellvertretender Vorsitzender, ferner die Herren Felix Zawada aus Herne, Wladislaus Domzalski aus Hameln, Johann Krytek aus Günnigfeld und Vinzent Lehmann aus Recklinghausen-Süd.

Der Zweck des Unternehmens ist die Erledigung von Bankgeschäften, Gewährung von Kredit auf Waren, mit einbegriffen sind landwirtschaftliche Früchte im Großhandel. Dem neuen Unternehmen viel Glück!

Aus Nr. 253 des Postep (Posen)
vom 5. November 1909:

Reorganisation des Polenverbandes in der Fremde.

Wie bekannt, beschloß die letzte Generalversammlung des Polenverbandes, sich an die Strasz in Posen anzuschließen. Der Hauptvorstand des Verbandes sollte spätestens bis Pfingsten diese Angelegenheit erledigt haben, er sollte Verhandlungen anknüpfen usw.

Der Hauptvorstand des Polenverbandes konnte jedoch erst jetzt die außerordentliche Generalversammlung einberufen, die auch am Sonntag, den 31. Oktober im Lokale „Zum Roemer“ stattfand.

Gegen 2 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Herr Ignacy Zminski, die Versammlung. Verhandlungsleiter war Herr Nowacki aus Gaternberg.

Herr Hippolit Sibelski verlas den Sitzungsbericht des Aufsichtsrates und des Vorstandes vom 3. Oktober und Herr Ignacy Zminski verlas die zwischen dem Vorstand des Polenverbandes und dem Hauptvorstande der Strasz in Posen geführte Korrespondenz. Aus diesem den Versammelten vorgelesenen Material ging hervor, daß die Strasz momentan nicht darauf erpicht

ist, sich mit uns zu vereinigen. Auch unsere Mitglieder sind der Meinung, daß man zuerst den Polenverband in der Zahl seiner Mitglieder haben muß, — erst dann kann man eher daran denken — denn heute kann sich überhaupt kaum etwas mit der Strasz vereinigen — wie besonders Stanislaus Kochowicz aus Bruckhausen es hervorhob.

Die Herren Berejzyski, Nowacki und Kunz waren für die Vereinigung mit der Strasz. Der letzte empfahl jedoch, zuerst den Polenverband zu organisieren.

Über diese Frage referierte besonders warm Michael Kwiatkowski, der Redakteur des *Narodowiec* in Herne. Für die selbständige Existenz des Verbandes traten ein: Walery Banaszak aus Gelsenkirchen, B. Wilkowsky, Nowalewski, Smektala u. a.

Ignacy Zninski und Hippolit Sibilski legten ihre Ämter nieder. An ihrer Stelle wurden andere gewählt, auch wurde der Hauptvorstand vervollständigt und der Aufsichtsrat gewählt. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Stanislaus Kunz aus Herne, zum I. Stellvertreter des Vorsitzenden Marciniak aus Herne, zum II. Stellvertreter Stanislaus Kochowicz aus Bruckhausen; zum Schriftführer Michael Kwiatkowski aus Herne (der Redakteur des *Narodowiec*), zum Stellvertreter Berejzyski; zum Schatzmeister B. Banaszak aus Gelsenkirchen, zum Stellvertreter Smektala aus Marxloh. In den Aufsichtsrat sind gewählt worden: J. Brejski, M. Brejski, Hip. Sibilski, J. Pankowski, B. Wilkowsky, Nowacki, Valentin Nowak, Rydzierski, Kasperiski-Recklinghausen-Süd, Jakubowski-Essen und Mogalski-Wanne. Die Herren Brejski sind gewählt worden, obwohl sie nicht zugegen waren. Man wollte ihnen Gelegenheit geben, im „Polenverbande“ — also für die polnische Gesamtheit zu arbeiten. Ich meine, daß der „Polenverband“ überaus notwendig ist — darüber herrscht nur eine Meinung. — Deswegen müßten alle Leute guten Willens ihn unterstützen.

Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die polnischen Zeitungen in der Fremde gebeten werden, den „Polenverband“ zu unterstützen.

Es wurde auch beschlossen, kleine Schriftchen, Flugblätter usw. herauszugeben, neue Filialen zu gründen und dem Vorstand zu empfehlen, mit dem „Polenverband“ alle politischen Vereine, wie die „Oswiata“ und den Wahlverein zu verbinden.

Die Versammlungen dauerten von 2½ Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. Sie wurden vom neuen Vorsitzenden Stanislaus Kunz mit einem heißen Appell an die Delegierten und Mitglieder des „Polenverbandes“ geschlossen, mit Rat und Tat dem Aufsichtsrat und dem Hauptvorstand zu dienen, bei der Gründung von neuen Filialen zu helfen und sich vor der Arbeit auf dem sozialen Gebiete nicht zu drücken.

Die Versammlung hatte einen streng privaten Charakter, jeder Teilnehmer mußte sich durch die persönliche Einladungskarte legitimieren.

Mit der „Strasz“ will der „Polenverband“ eifrig arbeiten, der Gedanke einer Verschmelzung wird nur für später aufgeschoben.

Der Freund.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 496 der *Nowa Reforma* (Kraau)
vom 28. Oktober 1909:

Die Unverbesserlichen.

Die Anhänger der Versöhnungspolitik im preußischen Anteil treten heute auf der ganzen Linie immer kühner auf. Dies bewirkte die Tatsache, daß die preußische

konservative Partei lediglich in ihrem eigenen Interesse, sich die Hilfe der polnischen Reichstagsfraktion gefälligst zunutze zu machen geruhte, um den sogar schon den preußischen Junkern unbequem gewordenen Fürsten v. Bülow zu stürzen. Die Tatsache, daß die Junker später ihre zufälligen Bundesgenossen und namentlich jegliche Fühlung mit ihnen verleugneten, schreckt die polnischen Versöhner durchaus nicht ab. Trotz so vieler widerrätiger, schmerzlicher und demütigender Erklärungen lassen sie sich wieder dadurch irreführen, daß sie mit Hilfe der preußischen Junker eine Änderung in der polnischen Regierungs-Politik, mindestens aber Milderung derselben werden erlangen können.

Vor wenigen Tagen erschien vor seinen Wählern in Mogilno der eifrigste von den großpolnischen Versöhnern, der Abgeordnete Dr. v. Dziembowski und ließ sich in seinem Rechenschaftsberichte über die Hoffnungen und die angeblichen Aussichten der neuen Versöhnungspolitik oder, wie man sie jetzt bezeichnet, der „Politik der positiven Arbeit für den Staat“ folgendermaßen aus:

„Die polnische Fraktion gibt sich keiner Täuschung hin, sie rechnet nicht auf die Dankbarkeit der Konservativen. Nicht die Dankbarkeit, sondern das eigene Interesse wird für die Rechte (die preußischen Konservativen) eine wichtige Veranlassung bilden, um sich um ein Einvernehmen mit der polnischen Fraktion zu bemühen. Die großen Kämpfe der letzten Zeit haben die Reichsparteien in zwei feindliche Lager geteilt. Auf der einen Seite der Block der Linken, obwohl nicht fest geschlossen, aber doch bestehend — von Bassermann bis zu Bebel —, auf der anderen die Rechte und das Zentrum. Die Stimmen der geschlossenen und solidarischen polnischen Fraktion werden oft entscheidend sein.

Unter diesen Umständen hat die polnische Fraktion eine dankbare, aber auch schwierige Aufgabe. Den Konservativen geht es um ihre Existenz, um die Erhaltung der entscheidenden Stellung, um die Verteidigung und den Schutz der landwirtschaftlichen Interessen, deshalb ist es zweifelhaft, daß sie, aus Liebe zu den Hakatifisten, einen Kampf mit der polnischen Fraktion wünschen. Die Konservativen betonen zwar amtlich, daß sie ihre Ansichten in der polnischen Sache nicht ändern würden, daß, mit Ausnahme der „Beamtenkonservativen“, der Rest zu der Überzeugung kommt, daß die antipolnische Politik ein politischer Fehler gewesen sei.

Zu den Fehlern will sich amtlich niemand gerne bekennen, es ist aber Tatsache, daß die ernstest denkenden konservativen Kreise gegenwärtig anders über die ganze Ansiedlungssache zu denken angefangen haben. Die Ansiedler haben jetzt der konservativen Fahne den Rücken gekehrt und sich den Liberalen angeschlossen. Wer weiß, ob dies nicht nur eine Etappe ist, um zu Bebel überzutreten. Die Ansiedler haben vom Staate zu viel Wohltaten genossen, um sich damit zu begnügen und sie verlangen jetzt eine allgemeine Enteignung und eine neue Aufteilung des Grundes und Bodens halb umsonst. Die Liberalen werden diesen Appetit nicht stillen, die Unzufriedenheit führt sie weiter — und sei es auch zu den Sozialdemokraten. Diese Tatsachen müssen die Konservativen notgedrungen zum Aufgeben der bisherigen antipolnischen Politik führen. In dem hakatifistischen Lager herrscht denn auch sichtlich eine Beunruhigung.

Die polnische Fraktion hat, wie gesagt, eine schwierige Aufgabe. An welcher Politik soll festgehalten werden? Das Halten oppositioneller Reden ist eine politische Kundgebung, es bildet jedoch nicht eigentlich die Verteidigung unserer Gesellschaft. Die Beschränkung unserer Tätigkeit auf Kundgebungen würde einer Ver-

zweifelungslos entsprechen, diese ist aber gut für diejenigen, die nichts zu verlieren haben.

Wir haben keine Veranlassung zur Verzweiflung, wir leben, wir müssen und werden leben, wir haben viel ausgehalten, wir werden noch mehr aushalten. Wir müssen aber dafür sorgen, daß unser Leben erträglich werde. Die Er kämpfung dieser erträglichen Existenz im Staate liegt in den Grenzen der realen Möglichkeit, eine derartige Verteidigung unserer Interessen muß das Ziel der Tätigkeit unserer Fraktion bilden. In diesem Bestreben muß die polnische Fraktion von der ganzen Gesellschaft unterstützt werden, wir haben der unnötigen, fruchtlosen Kritik genug, die Zeit der positiven Tätigkeit ist gekommen. Es sind deshalb alle Neben- und Parteirücksichten zu verwerfen, alle Fehler, welche unsere Vertreter begehen können, sind nicht breitzutreten, denn irren ist menschlich, dann aber wird die Fraktion eine größere Macht und ein größeres Ansehen in Berlin bei den Parteien und bei der Regierung besitzen. Unsere Sache wird dann in Berlin groß dastehen, sie wird Fortschritte machen."

Die Ausführungen des Abgeordneten v. Dziembowski bringen wir wörtlich, damit die Leser diese geradezu halsbrecherische "Logik" der großpolnischen Versöhnler selbst beurteilen können. Sie stützen ihre Täuschungen auf den zeitweiligen Mißklang zwischen den Konservativen und den Ansiedlern und die neu erstehende Organisation der "Kleinagrarien" in Preußen, vergessen aber vollständig das deutsche Sprichwort: "Pach schlägt sich, Pach verträgt sich" — und daß die Kosten derartiger Zwistigkeiten stets der Dritte zahlt, der sich unvorsichtigerweise da einmischt. Es unterliegt aber auch keinem Zweifel, daß, falls die preußischen Junker wirklich — natürlich im eigenen Interesse — ihre Stellung in der polnischen Frage ändern wollten, sie dafür von den Polen einen derartigen Preis in Gestalt von nationalen Zugeständnissen und... preußischer Loyalität verlangen würden, daß dessen Bezahlung geradezu einer nationalen Verleugnung gleichkäme.

Ob aber einen derartigen Preis, lediglich um sich eine erträgliche Existenz zu erkämpfen, die zahlen dürfen, welche, wie der Abgeordnete v. Dziembowski selbst bemerkt, keine Veranlassung zur Verzweiflung haben, welche leben, noch mehr durchmachen und weiterleben werden — trotz der Verfolgungen? Es ist daher auch kein Wunder, daß bei einer solchen Logik der Abgeordnete v. Dziembowski die polnische Allgemeinheit schon von vornherein um Nachsicht für die künftigen Fehler der polnischen Fraktion bittet.

Die polnische Gesellschaft mußte jedoch nicht erlauben, daß ihre Vertreter in Berlin sich derartiger Fehler auf Kosten ihrer nationalen Lebensinteressen schuldig machten.

Aus Nr. 252 des Czas (Krakau)
vom 4. November 1909:

Die Protestantisierung.

Aus Danzig ist uns eine Nummer der Zeitschrift „Westpreussisches Volksblatt“, eines katholischen Organs zugesandt worden, welches im Leitartikel gegen die Schikanen auftritt, deren die deutschen Katholiken und die Polen ausgesetzt sind, insofern sie sich am Vereinsleben und an der gesellschaftlichen Arbeit in hervorragender Weise beteiligen. Vor einigen Tagen z. B. hätten die Eisenbahnbehörden einen Maschinisten aus Dirschau aufgefordert, den Vorsitz in der Ortsgruppe des deutsch-katholischen Verbandes niederzulegen; als er dieser Aufforderung nicht nachgekommen sei, sei er

im „dienstlichen Interesse“ nach Wittenberg, der Linie Hamburg-Berlin, versetzt worden. Nicht nur die Polen seien derartigen Schikanen ausgesetzt; auch die deutschen Katholiken begegneten ihnen täglich, woraus folge, daß es sich nicht nur um die Germanisierung, sondern auch um die Protestantisierung handele. Wenn ein deutsch-katholischer Beamter den polnischen Gottesdienst besuche, wurde er sofort behördlicherseits zur Verantwortung gezogen. Es käme vor, daß Deutsche, die aus einer ehemals polnischen Familie stammten und noch einen polnischen Namen trugen, so lange schikaniert wurden, bis sie ihren Namen geändert hätten. „Dann erst findet der Beamte Gnade — so schreibt das „Westpr. Volksblatt“ — wenn er den Namen, den seine Vorfahren in Ehren getragen haben, ablegt“. Am empfindlichsten mache sich die Bedrückung bei der Eisenbahn bemerkbar, wo man den katholischen Arbeitern befiehlt, aus den katholischen Vereinen auszutreten und wo die feste Anstellung von der Namensänderung abhinge. „In den Ostmarken — so schließt das „Westpr. Volksbl.“ seinen Artikel — wird der Kampf nicht nur gegen die Polen, sondern vor allen Dingen auch gegen die Deutschkatholiken geführt, die ihre Ansichten offen zum Ausdruck bringen und sie auch befolgen wollen“.

Die Nummer erhielten wir aus deutsch-katholischen Kreisen. Die Person, welche sie uns über sandte, erklärt schriftlich, daß die vorgesetzten Behörden eine Namensänderung dann verlangten, wenn es sich um Katholiken handele. Dagegen fänden die Protestanten, obwohl sie auch rein polnische Namen führten, Gnade in den Augen der Vorgesetzten. In letzter Zeit mehrten sich denn auch derartige preußische Namensänderungen. Ein gewisser Bielski hätte sich Weißbach genannt; manchmal genüge den Behörden so wenig, um sie zufrieden zu stellen, daß ein gewisser Ryczek den neuen Namen „Rietscheck“ habe annehmen können. Unser Berichterstatter schreibt uns weiter: „Eine große Anzahl der Namensänderungen in Danzig erklärt sich durch den Umstand, daß hier beinahe die Hälfte der Bevölkerung polnische Namen führt, wie z. B. Grabowski, Dabrowski, Lewandowski, Wiszniowski usw., welche im Adreßbuche hundertmal sich wiederholen, also sicherlich öfter, wie in Posen oder auch in Krakau, vorkommen. Es sind dies meist Protestanten; Juden haben wir nur 3000“.

Aus den vom „Westpr. Volksbl.“ angeführten Tatsachen geht weiter hervor, daß in den Ostmarken außer der Germanisierung in hohem Maße Protestantisierung betrieben wird. Die deutschen Katholiken wissen dies sicherlich aus ihrer Presse; es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Zentrumsabgeordneten diese Verhältnisse zum Gegenstande einer Interpellation machen werden. Den Katartisten, welche über die Regierungsbehörden verfügen, geht es offenbar darum, nicht nur jegliche polnische, sondern überhaupt jede katholische Organisation unmöglich zu machen. Sie befürchten auch die natürliche Verständigung zwischen den deutschen Katholiken und den Polen, ohne jedoch einzusehen, daß der gemeinschaftliche Druck diese nur fördern kann.

Aus Nr. 518 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 5. November 1909:

Aus den preußischen Landesteilen.

Der konservative Katartismus.

Dem Beispiele der ostpreussischen Konservativen folgend, wenden sich auch die Posener entschieden gegen eine Änderung der bisherigen Politik der polnischen

Bevölkerung gegenüber. In der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung der vereinten Konservativen des Großherzogtums Posen wurde eine das Verhalten der Partei in der Finanzreform billigende Resolution gefaßt, ihr jedoch eine Erklärung hinzugefügt, welche allen Annahmen, als ob die Posener Konservativen sich mit irgendwelchen Zugeständnissen für die Polen einverstanden erklärten, ein Ende macht. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Der deutsche Zentralverein der vereinten Konservativen der Provinz Posen wendet sich an die konservativen Reichstagsparteien in dem Vertrauen, daß diese auch in Zukunft für die Förderung der Macht und des Ansehens des Staates sorgen werden. Gleichzeitig erachtet er es für notwendig, daß die hierauf gerichtete Politik sowohl im Deutschen Reiche als auch in Preußen keine Einbuße infolge der bei der Finanzreform sich gebildeten Mehrheit erleide; daß namentlich daraus keine Nachgiebigkeit dem nach immer größerer Macht strebenden Zentrum oder den Wünschen der Polen gegenüber erwartet werde.“

Das war vorauszusehen. Nichtsdestoweniger verdient dieser Beschluß besondere Beachtung den Hoff-

nungen der unverbesserlichen Optimisten gegenüber, die aus dem Handinhandgehen mit den Konservativen Vorteile für die Nation erhofften und die durch ihr Verhalten eine unerwünschte Gährung in der polnischen Gesellschaft verursachten.

Der Abgeordnete von Dziembowski hat in seinem parlamentarischen Rechenschaftsberichte, nachdem er von einer Standesbewegung unter den deutschen Ansiedlern gesprochen, erklärt, daß „diese Tatsachen für die Konservativen zur Notwendigkeit werden müssen, um die bisherige antipolnische Politik fallen zu lassen“. Der Abgeordnete Napieralski dagegen beruft sich auf den „christlichen Geist“ der Konservativen als auf einen Faktor, der die Polen zwingt, sich auf die konservative Seite zu stellen. In der Wirklichkeit sind sowohl die „Notwendigkeit“ des Verlassens der antipolnischen Politik seitens der Konservativen mit Rücksicht auf deren eigenes Parteiinteresse, als auch deren christlicher Geist eine fixe Idee, sie bestehen nur in der Einbildungskraft der unverbesserlichen Optimisten, die nicht auf Tatsachen, sondern auf ihre Wünsche ihre politischen Ansichten stützen. —